



Konrad
Adenauer
Stiftung

FORUM

EMPIRISCHE SOZIALFORSCHUNG

WAS UNS PRÄGT. WAS UNS EINT.

**INTEGRATION UND WAHLVERHALTEN
VON DEUTSCHEN MIT UND OHNE
MIGRATIONSHINTERGRUND UND IN
DEUTSCHLAND LEBENDEN AUSLÄNDERN**

SABINE POKORNY

FORUM
EMPIRISCHE SOZIALFORSCHUNG

WAS UNS PRÄGT.
WAS UNS EINT.

**INTEGRATION UND WAHLVERHALTEN
VON DEUTSCHEN MIT UND OHNE
MIGRATIONS HinterGRUND UND IN
DEUTSCHLAND LEBENDEN AUSLÄNDERN**

SABINE POKORNY

Eine Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.



Urheberin: Sabine Pokorny

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2016



Diese Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von
„Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen
Bedingungen 3.0 Deutschland“, CC BY-SA 3.0 DE
(abrufbar unter: <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>).

© 2016, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

Umschlagfoto: © m.schuckart – Fotolia.com

Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.

Satz: workstation, Niederkassel.

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn.

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

INHALT

5		1. EINLEITUNG
9		2. INTEGRATION IN DEUTSCHLAND
13		2.1 KULTURELLE INTEGRATION
30		2.2 STRUKTURELLE INTEGRATION
41		2.3 SOZIALE INTEGRATION
44		2.4 IDENTIFIKATIVE INTEGRATION
55		3. LEBEN IN DEUTSCHLAND
61		4. WAHLVERHALTEN
69		5. PARTEIEN
77		6. POLITISCHE AGENDA
83		7. POLITISCHE EINSTELLUNGEN
93		8. BESCHREIBUNG DER STICHPROBENZIEHUNG
99		9. SCHLUSSBEMERKUNG
101		10. LITERATUR
104		DIE AUTORIN
104		ANSPRECHPARTNERINNEN IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

1. EINLEITUNG

Im Jahr 2015 kamen so viele Flüchtlinge nach Deutschland wie noch nie. Etwa 1,1 Millionen Asylbewerber wurden über das sogenannte EASY-System registriert (Bertelsmann Stiftung 2016: 1). Der größte Teil der Asylsuchenden kommt aus Syrien, gefolgt von Afghanistan, Irak, Albanien und Kosovo. Davon wurden 2015 441.889 Asylerstanträge gestellt, bei denen ebenfalls die Antragsteller aus Syrien die größte Gruppe stellen (Bertelsmann Stiftung 2016: 7). Etwa ein Viertel der Asylsuchenden gehört einer christlichen Glaubensrichtung an, während 63,3 Prozent muslimischen Glaubens sind (Bertelsmann Stiftung 2016: 1).

Diese Entwicklung hat die Integrationsdebatte in Deutschland neu entfacht. Dabei wandern schon lange Menschen nach Deutschland ein. Allein zwischen 1945 und 1950 sind 8 Millionen Menschen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten als Heimatvertriebene in das damalige Westdeutschland eingewandert (Bertelsmann Stiftung 2016: 3), das 1950 etwa 51 Millionen Einwohner hatte (Bundeszentrale für politische Bildung 2016: 14). Später kamen die sogenannten „Gastarbeiter“, Aussiedler und Spätaussiedler¹ sowie Flüchtlinge aus unterschiedlichen Ländern zu unterschiedlichen Zeiten (z.B. während des Bosnien- oder des Kosovo-Krieges).

Dadurch besitzt etwa ein Fünftel der in Deutschland lebenden Bevölkerung eine Zuwanderungsgeschichte. Laut Statistischem Bundesamt setzte sich die Bevölkerung 2014 in Deutschland aus etwa 16,3 Millionen Menschen mit Zuwan-

derungsgeschichte zusammen. Das sind 20,3 Prozent der Bevölkerung. Darunter sind 9,2 Millionen Deutsche mit Migrationshintergrund (11,3 Prozent der Bevölkerung) und rund 7,1 Millionen Ausländer² (9 Prozent der Bevölkerung) (vgl. Statistisches Bundesamt 2015: 38f.). Unter den Migranten sind 3,1 Millionen Menschen als (Spät-)Aussiedler nach Deutschland zugewandert (3,8 Prozent der Bevölkerung) (vgl. Statistisches Bundesamt 2015: 7).

Einige Studien untersuchen Zuwanderer insgesamt bzw. nach Herkunftsland, unterscheiden aber nicht zwischen Migranten und Ausländern (vgl. z.B. Haug 2010, Hans 2010). Dabei ist die Staatsbürgerschaft nicht nur ein Indikator für Integration, sondern führt zum Teil auch zu unterschiedlichen Integrationsniveaus bei anderen Integrationsindikatoren, wie unsere Daten zeigen. Auch Stephanie Müssig und Susanne Worbs (2012) berichten Unterschiede zwischen Migranten und Ausländern im Bereich politischer Einstellungen wie der Parteibindung, dem politischen Interesse und nicht-elektoraler Partizipation. Andere Studien untersuchen wiederum nur Teilgruppen von Zuwanderern, z.B. Türkischstämmige (Pollack et al. 2016).

Daher hat die Konrad-Adenauer-Stiftung eine repräsentative Umfrage durchgeführt, bei der 1.021 Deutsche, 1.004 Migranten und 1.009 Ausländer³ befragt wurden. Dazu wurde eine telefonische Zufallsstichprobe gezogen. Nur so kann sichergestellt werden, dass alle in Deutschland lebenden Nationalitäten vertreten sind und ein repräsentatives Abbild der Bevölkerung entsteht. Da der Anteil der Migranten und Ausländer an der Stichprobe durch das disproportionale Design nicht dem tatsächlichen Anteil in der Bevölkerung entspricht, werden diese beiden Gruppen bei Analysen der gesamten Bevölkerung heruntergewichtet. Die hohen Fallzahlen bei Migranten und Ausländern waren aber nötig, um bei der Analyse eine Differenzierung zwischen Deutschen, Migranten und Ausländern zu ermöglichen. Des Weiteren kann dadurch bei der Auswertung zwischen Zuwanderern aus der Türkei, Russland und Polen unterschieden werden. Alle anderen Herkunftsländer weisen zu wenig Befragte auf, um belastbare separate Analysen durchzuführen. Zudem wurden 362 Muslime⁴ befragt, sodass dort, wo es sinnvoll ist, auch die Gruppe der Muslime näher beleuchtet werden kann⁵.

Befragt wurde die deutsche Wohnbevölkerung Anfang 2015 (siehe Kapitel 8 für eine ausführliche Beschreibung der Stichprobenziehung). Flücht-

linge, die seit 2015 nach Deutschland gekommen sind, befinden sich demnach nicht in der Stichprobe. Flüchtlinge, die zu einem früheren Zeitpunkt nach Deutschland gekommen sind, sind in der Stichprobe enthalten, können aber nicht ganz präzise identifiziert werden. Sie sind lediglich näherungsweise identifizierbar über den Zuzugsgrund „politische Verfolgung“.

- 1| *Im Folgenden werden die Aussiedler und die Spätaussiedler unter dem Begriff „(Spät-)Aussiedler“ zusammengefasst.*
- 2| *Im Folgenden werden die Begriffe Deutsche mit Migrationshintergrund und Migranten synonym verwendet. Der Begriff Ausländer wird für in Deutschland lebende Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft benutzt. Mit dem Begriff Zuwanderer werden alle Menschen bezeichnet, die selbst nach Deutschland zugewandert sind oder deren Eltern zugewandert sind unabhängig davon, welche Staatsangehörigkeit sie haben (also Migranten der ersten und zweiten Generation sowie Ausländer). Aus Gründen der besseren Lesbarkeit werden Deutsche ohne Migrationshintergrund nur als Deutsche bezeichnet – im Gegensatz zu Migranten, auch wenn Letztere natürlich ebenfalls Deutsche sind.*
- 3| *Es wurden nur Personen über 18 Jahre befragt. Daher spiegeln sich die Auswirkungen der Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts von 2000 noch nicht in der Umfrage wider, da nach 2000 geborene Migranten nicht befragt wurden.*
- 4| *Durch die repräsentative Zufallsauswahl der gesamten Stichprobe sind auch die befragten Muslime repräsentativ für die in Deutschland lebenden Muslime. Anders als in einigen anderen Studien wurden nicht nur Muslime aus bestimmten Ländern befragt, sondern aus allen Ländern, aus denen die Muslime in Deutschland stammen.*
- 5| *Für Auswertungen zur sozialen und politischen Partizipation von Deutschen, Migranten und Ausländern siehe Pokorny (2016).*

2. INTEGRATION IN DEUTSCHLAND

Aktuell wird viel und kontrovers über Integration diskutiert. Welche Voraussetzungen müssen für eine gute Integration geschaffen werden? Was müssen Zuwanderer leisten, um sich zu integrieren?

Bevor man über diese Fragen diskutieren kann, muss jedoch geklärt werden, was man unter Integration versteht. Hartmut Esser (2001) unterscheidet zwischen Systemintegration und Sozialintegration. Systemintegration bezeichnet dabei die Integration einer Gesellschaft als Ganzes, während sich Sozialintegration auf die Integration der einzelnen Personen in die Gesellschaft bezieht (Esser 2001: 3). Für die vorliegende Studie ist die Sozialintegration die interessierende Form der Integration. Esser (2001: 8ff.) unterscheidet vier Dimensionen der Sozialintegration: Kulturation, Platzierung, Interaktion und Identifikation.

Kulturation bezieht sich auf das Wissen über kulturelle Kompetenzen, wie z.B. Sprachkenntnisse. Unter Platzierung versteht Esser (2001: 9) „die Besetzung einer bestimmten gesellschaftlichen Position durch einen Akteur“. Auch die Staatsbürgerschaft, über die einem Mitglied einer Gesellschaft bestimmte Rechte (z.B. das Wahlrecht) verliehen werden, subsumiert Esser unter der Dimension der Platzierung. Die Dimension der Interaktion beinhaltet die sozialen Kontakte der Personen. Wenn es um die Integration von Zuwanderern geht, wird häufig die Anzahl der sozialen Kontakte zu Deutschen als Indikator für diese Dimension heran-

gezogen. Identifikation bezieht sich hingegen auf die emotionale Einstellung der Person zur Gesellschaft. Hierbei geht es also darum, ob sich Zuwanderer mit der deutschen Gesellschaft identifizieren. Zuwanderer können jedoch nicht nur in die Aufnahmegesellschaft, in diesem Fall die deutsche Gesellschaft, integriert sein, sondern auch in die Herkunftsgesellschaft bzw. in ihre ethnische Gemeinde in Deutschland. Je nachdem, in welche Gesellschaften eine Person integriert ist (oder auch nicht), unterscheidet Esser (2001: 19) zwischen Marginalität, Segmentation, Mehrfachintegration und Assimilation. Marginalität liegt vor, wenn eine Person weder in die Herkunfts- noch in die Aufnahmegesellschaft integriert ist. Bei einseitiger Integration in die Herkunftsgesellschaft spricht Esser von Segmentation. Mehrfachintegration liegt dagegen vor, wenn eine Person sowohl in die Herkunfts- als auch in die Aufnahmegesellschaft integriert ist. Laut Esser (2001: 20) sei dieser Fall besonders schwer zu erreichen und daher die Ausnahme. Assimilation als einseitige Integration in die Aufnahmegesellschaft ohne Integration in die Herkunftsgesellschaft sei dagegen der einzige Weg, Sozialintegration in die Aufnahmegesellschaft überhaupt zu erreichen (Esser 2001: 21). Integration ist aus dieser Sichtweise zwangsläufig auch Assimilation.

Silke Hans (2010) entwickelt dieses Konzept weiter, indem sie explizit davon ausgeht, dass Assimilation nicht einseitig verlaufen muss. Assimilation bedeutet dann nicht die einseitige Anpassung der Migranten an die Aufnahmegesellschaft, sondern die Anpassung beider Gruppen aneinander (Hans 2010: 58ff.). Durch diese Anpassung verschwinden Gruppenunterschiede, die allein auf die Herkunft zurückzuführen sind. In Anlehnung an die Dimensionen der Sozialintegration unterscheiden sowohl Esser (2001: 22) als auch Hans (2010: 64ff.) vier Dimensionen der Assimilation: kulturelle, strukturelle, soziale und identifikative Assimilation (vgl. Koopmans 2016).

Kulturelle Assimilation kann z.B. über eine Angleichung der sozialen Normen, der Sprache, der Religion oder der Essgewohnheiten stattfinden (Hans 2010: 71). Bei den Sprachkenntnissen handelt es sich zwangsläufig um eine einseitige Anpassung der Zuwanderer an die deutsche Gesellschaft. Bei Normen oder Essgewohnheiten können sich dagegen auch die Deutschen an die Zuwanderer oder beide Gruppen aneinander anpassen, auch wenn das in der Realität vermutlich eher selten der Fall ist – mit Ausnahme vielleicht der Essgewohnheiten, die sich in Deutschland in den letzten 50 Jahren durchaus verändert haben.

Strukturelle Assimilation wird beispielsweise über den Arbeitsmarkt, das Bildungssystem oder die Staatsbürgerschaft erreicht. Dabei ist es nicht entscheidend, ob Zuwanderer eine besonders gute Position auf dem Arbeitsmarkt einnehmen oder einen besonders guten Bildungsabschluss aufweisen. Als assimiliert gelten Zuwanderer auf der Gruppenebene, wenn sie im Durchschnitt die gleichen Bildungsabschlüsse und Arbeitsmarktpositionen einnehmen wie Deutsche gleichen Alters und Geschlechts. Dabei ist sowohl eine Angleichung der Deutschen an die Zuwanderer als auch eine Angleichung der Zuwanderer an die Deutschen möglich (vgl. Hans 2010: 69).

Soziale Assimilation kann über Kontakte zu Nachbarn, über Vereine, Freundschaften und Ehen erfolgen. Für diese Form der Assimilation ist es unabdingbar, dass sich beide Gruppen einander annähern. Zuwanderer können nur deutsche Freunde haben, wenn Deutsche bereit sind, Zuwanderer als Freunde zu haben.

Identifikative Assimilation meint dagegen die emotionale Bindung an und das Zugehörigkeitsgefühl zu einer Gesellschaft oder auch zu einem lokalen Wohnort. Hierbei handelt es sich dann um eine einseitige Assimilation der Zuwanderer an die Aufnahmegesellschaft.

Auch wenn Integration und Assimilation nicht zwangsläufig identisch sein müssen, wird in den Medien und in der Politik meist von Integration gesprochen, egal ob Integration oder Assimilation gemeint ist. Integration ist als Begriff umgangssprachlich wesentlich weiter verbreitet und im Alltag deutlich stärker präsent. Der Begriff der Assimilation ist dagegen häufig negativ konnotiert. Dabei kann Hans (2010) in ihrer Studie zeigen, dass es bei einem großen Teil der Zuwanderer in der Tat zu Assimilation an die deutsche Gesellschaft kommt. Die erste Generation gleicht sich in der Regel noch nicht vollständig an, doch schon ein Teil der zweiten Generation assimiliert sich komplett. Beim Konsum von Hochkultur stellt Hans (2015) fest, dass sich Jugendliche der dritten Generation von Zuwanderern nicht mehr von deutschen Jugendlichen unterscheiden.

Dennoch wird aufgrund der weiteren Verbreitung des Begriffes Integration auch im Folgenden meist von Integration statt von Assimilation gesprochen. Gemeint ist jedoch eine Angleichung von Zuwanderern und Deutschen aneinander.

Hans (2010) stellt heraus, wie wichtig eine längsschnittliche Betrachtung von Assimilationsprozessen ist. Sie verwendet die Daten des Sozio-ökonomischen Panels¹ und kann so nicht nur Veränderungen auf der Gruppen-, sondern auch auf der Individualebene untersuchen. In Querschnittstudien haben türkische Zuwanderer meist ein niedrigeres Integrationsniveau als andere Einwanderergruppen. In der Betrachtung der Panel-Daten wird jedoch deutlich, dass Türken zwar ein niedrigeres Assimilationsniveau bei der Einreise haben, der Assimilationsverlauf sich aber nicht von anderen Gruppen unterscheidet. Ihre geringere Integration wird auf das niedrigere Niveau bei der Einreise, nicht jedoch auf geringere Integrationsanstrengungen nach der Einreise zurückgeführt (Hans 2010: 247f.). Querschnittstudien können das nicht aufdecken.

Auch die vorliegende Studie ist eine reine Querschnittstudie. Bei der Interpretation der Daten muss daher berücksichtigt werden, dass nur eine Momentaufnahme vorliegt. Die Stichprobe enthält Migranten und Ausländer mit unterschiedlicher Aufenthaltsdauer in Deutschland, sodass Gruppenunterschiede auch daraus resultieren könnten, dass sich in einer Gruppe besonders viele Migranten befinden, die erst kürzlich zugewandert sind und folglich noch nicht so gut integriert sind wie Migranten, die schon länger in Deutschland leben. Um diesem Umstand so gut es geht Rechnung zu tragen, wird bei den Integrationsindikatoren so oft wie möglich nach der Aufenthaltsdauer der Zuwanderer differenziert.

1| *An dieser Stelle scheinen einige methodische Anmerkungen angebracht: Bei einer Querschnittsbefragung werden in einem festen Zeitraum Personen einmalig befragt. Wenn man in bestimmten Abständen eine solche Querschnittsbefragung mit denselben Fragen, aber unterschiedlichen Befragten wiederholt, spricht man von einer Längsschnitterhebung. Diese ermöglicht eine Analyse von Veränderungen in der Gesellschaft. Wenn man dagegen in bestimmten Abständen immer wieder dieselben Personen befragt, handelt es sich um eine Panelbefragung. Dadurch ist es möglich, nicht nur gesamtgesellschaftliche, sondern individuelle Veränderungen aufzudecken und so echte kausale Zusammenhänge zu untersuchen.*

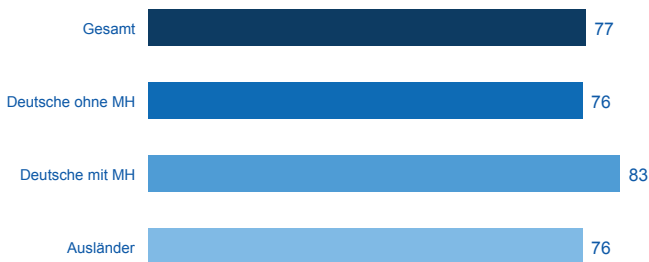
2.1 KULTURELLE INTEGRATION

Integration auf der kulturellen Dimension bedeutet die Angleichung von Deutschen und Zuwanderern im Bereich Werte, Normen, Religion und Essgewohnheiten, aber auch den Spracherwerb der Zuwanderer. Grundsätzlich fällt die Zustimmung zu einer einseitigen kulturellen Anpassung der Zuwanderer an die deutsche Kultur sehr hoch aus. 83 Prozent der Migranten und 76 Prozent der Ausländer sind der Meinung, Zuwanderer sollten sich der deutschen Kultur anpassen. Allerdings erwarten das auch gut drei Viertel der Deutschen von zugewanderten Bürgern. Es scheint also eine hohe grundsätzliche Bereitschaft zur Anpassung zu geben, selbst wenn es sich um eine einseitige Anpassung handelt.

Besonders hoch ist die Zustimmung unter Zuwanderern, die seit zehn bis 20 Jahren in Deutschland leben (85 Prozent). Die geringste Zustimmung findet sich dagegen bei Befragten, die erst seit bis zu fünf Jahren in Deutschland sind. Mit 73 Prozent ist die Zustimmung aber auch hier sehr hoch. Türkischstämmige Zuwanderer befürworten eine Anpassung an die deutsche Kultur insgesamt unterdurchschnittlich häufig. Das liegt aber vor allem an den türkischstämmigen Ausländern (54 Prozent Zustimmung). Türkische Zuwanderer, die inzwischen einen deutschen Pass haben, unterscheiden sich deutlich weniger vom Durchschnitt (74 Prozent Zustimmung). Muslime befürworten eine Anpassung an die deutsche Kultur auch unterdurchschnittlich häufig (69 Prozent Zustimmung), während (Spät-)Aussiedler leicht überdurchschnittlich der Meinung sind, Zuwanderer sollten sich an die deutsche Kultur

anpassen (88 Prozent Zustimmung). Für Türkischstämmige können auch Detlef Pollack et al. (2016: 3) eine hohe grundsätzliche Bereitschaft zur Integration feststellen¹. 70 Prozent der Türkischstämmigen bekunden nach dieser Erhebung den unbedingten Willen zur Integration. Allerdings geben in der Studie von Pollack et al. (2016: 3) nur 39 Prozent der Türkischstämmigen an, zu den Bedingungen guter Integration gehöre es, mehr von der deutschen Kultur zu übernehmen. Die Bereitschaft, sich kulturell anzupassen, wird möglicherweise nicht als Übernahme der deutschen Kultur verstanden.

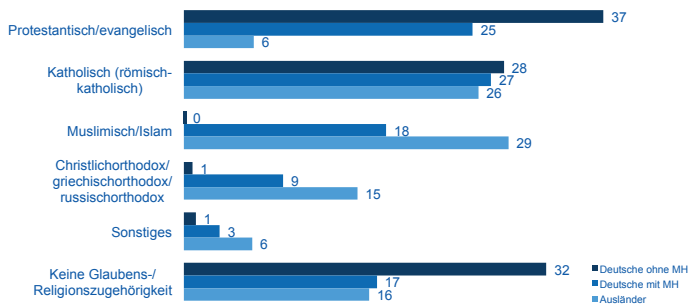
Abbildung 1: Zustimmung zur Aussage „Zuwanderer, die nach Deutschland kommen, sollten ihr Verhalten der deutschen Kultur anpassen“ (stimme völlig zu/stimme eher zu); Darstellung ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.²



Die tatsächliche Anpassung im religiösen Bereich sieht dagegen anders aus. Das ist aber nicht überraschend. Die Zusammensetzung der Religionszugehörigkeit von Deutschen und Zuwanderern unterscheidet sich naturgemäß durch die nicht unbeträchtliche Zahl an muslimischen Zuwanderern. Unter den Deutschen sind 37 Prozent Protestanten, 28 Prozent Katholiken und 32 Prozent Konfessionslose. Bei den Migranten geben je etwa ein Viertel an, evangelisch oder katholisch zu sein, 9 Prozent sind christlich-/griechisch-/russischorthodox, 18 Prozent muslimischen Glaubens und 17 Prozent konfessionslos. Unter Ausländern finden sich nur 6 Prozent Protestanten, 26 Prozent Katholiken, 15 Prozent Christlich-/Griechisch-/Russischorthodoxe, 29 Prozent Muslime sowie 16 Prozent Konfessionslose.

Es fällt auf, dass nicht nur der Anteil der Muslime unter Migranten und Ausländern höher ist als unter Deutschen, sondern dass auch der Anteil der Protestanten und der Konfessionslosen unter Zuwanderern wesentlich geringer ist. Kein Unterschied besteht dagegen im Anteil der Katholiken. Zudem ist der Anteil der Muslime unter autochthonen Deutschen so gering, dass in unserer Stichprobe keine Muslime ohne Migrationshintergrund enthalten sind.

Abbildung 2: Welcher Religions-/Glaubensgemeinschaft gehören Sie an?

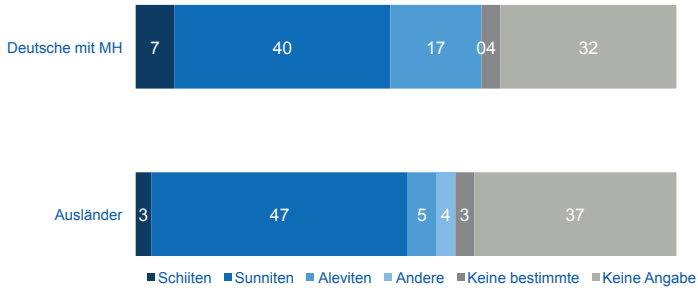


Die Gruppe der Muslime teilt sich bei den Migranten in 40 Prozent Sunniten, 17 Prozent Aleviten³ und 7 Prozent Schiiten. 32 Prozent machen keine Angabe zu ihrer religiösen Ausrichtung und 4 Prozent geben an, keiner bestimmten Gruppe innerhalb des Islam anzugehören.

Bei den Muslimen ohne deutschen Pass fällt der Anteil der Aleviten gering aus. 47 Prozent der ausländischen Muslime bezeichnen sich als Sunniten, 5 Prozent als Aleviten, 3 Prozent als Schiiten. 37 Prozent machen keine Angabe. 4 Prozent fühlen sich einer anderen Gruppe zugehörig und 3 Prozent gehören keiner bestimmten Gruppe an.

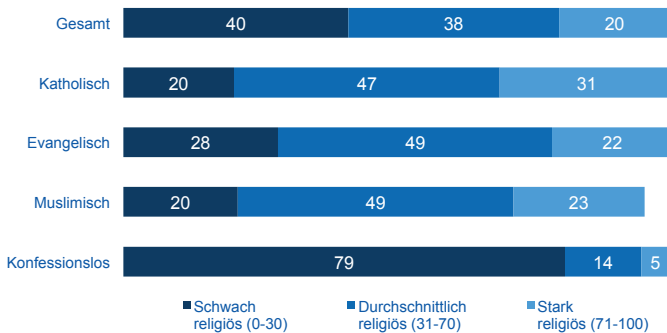
In der Studie von Sonja Haug et al. (2009: 97) liegt der Anteil der Sunniten mit 74,1 Prozent deutlich über den hier gemessenen Anteilen. Haug et al. (2009) weisen jedoch den Anteil derjenigen, die keine Angabe zu ihrer Glaubenszugehörigkeit machen, nicht aus. Wenn wir diejenigen, die keine Angabe machen, herausrechnen, steigt der Anteil der Sunniten an allen Muslimen (mit und ohne deutschen Pass) auf 69 Prozent und liegt damit nur noch knapp unter dem von Haug et al. gemessenen Wert.

Abbildung 3: Wären Sie so freundlich, mir zu sagen, welcher religiösen Gruppe innerhalb des Islam Sie angehören?



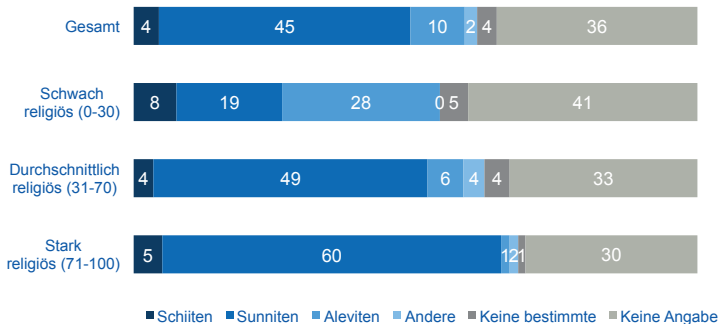
Auffällig ist in beiden Gruppen der hohe Anteil von etwa einem Drittel der Muslime, die keine Angabe zu ihrer religiösen Gruppe innerhalb des Islam machen. Das deutet darauf hin, dass ein nicht unbeträchtlicher Teil der in Deutschland lebenden Muslime relativ säkular ist. Diese These wird durch den Vergleich der Religiosität zwischen den Glaubensrichtungen erhärtet. Muslime unterscheiden sich in ihrer selbst eingeschätzten Religiosität nicht von Katholiken. Protestanten sind geringfügig religiöser als Katholiken und Muslime. Am wenigsten religiös sind Konfessionslose. Dennoch zeigen die Ergebnisse, dass die individuell empfundene Religiosität nicht zwingend an die Zugehörigkeit zu einer Konfession gebunden ist. Immerhin 14 Prozent der Konfessionslosen können als durchschnittlich religiös und 5 Prozent als stark religiös eingestuft werden.

Abbildung 4: Wie religiös sind Sie auf einer Skala von 0-100? Darstellung nach Konfession, ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.



Auch die Aufschlüsselung der Gruppenverteilung innerhalb des Islam nach Religiosität deutet darauf hin, dass viele Muslime eher säkular leben. Selbst von den Muslimen, die nach ihrer Selbsteinstufung auf einer Skala von 0 bis 100 als stark religiös eingeschätzt werden, kann nahezu ein Drittel keine Angabe dazu machen, zu welcher religiösen Gruppe innerhalb des Islam sie gehören. Zusätzlich zeigt sich, dass unter den schwach religiösen am meisten Aleviten zu finden sind, während durchschnittlich oder stark religiöse Muslime überwiegend Sunniten sind.

Abbildung 5: Wären Sie so freundlich, mir zu sagen, welcher religiösen Gruppe innerhalb des Islam Sie angehören? Darstellung nach Religiosität.

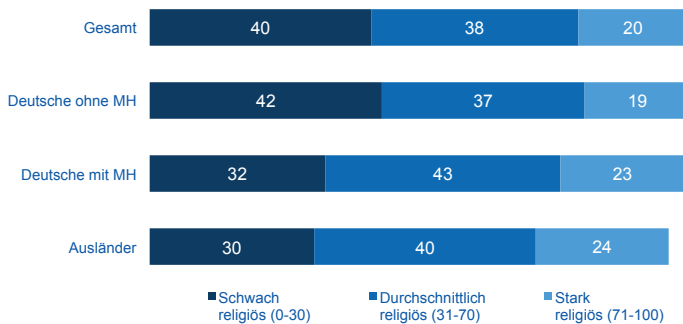


Im Gesamtvergleich der Religiosität zwischen Deutschen, Migranten und Ausländern sind Deutsche etwas weniger religiös als Migranten und Ausländer. Der Unterschied ist jedoch eher gering. Die Aufenthaltsdauer in Deutschland hat kaum einen Einfluss auf die Religiosität der Zuwanderer. Es macht überhaupt keinen Unterschied, ob ein Zuwanderer vor weniger als fünf Jahren, vor fünf bis zehn Jahren oder vor zehn bis 20 Jahren nach Deutschland gekommen ist. Die Verteilung der Religiosität ist nahezu identisch. Einzig Migranten und Ausländer, die vor über 20 Jahren nach Deutschland zugewandert sind, sind etwas religiöser. Nur etwa ein Viertel der befragten Zuwanderer, die seit mehr als 20 Jahren in Deutschland leben, ist schwach religiös. 43 Prozent können als durchschnittlich religiös eingestuft werden. Dafür kann ein Drittel als stark religiös bezeichnet werden. Das muss jedoch nicht heißen, dass Zuwanderer mit steigender Aufenthaltsdauer in Deutschland religiöser werden.

Es kann sich auch um einen Kohorteneffekt handeln. Das bedeutet, dass Befragte, die vor 20 Jahren und mehr zugewandert sind, möglicherweise schon bei der Zuwanderung religiöser waren als spätere Zuwanderer. Zuwanderer, die vor weniger als 20 Jahren nach Deutschland gekommen sind, ähneln in ihrer Religiosität stärker der einheimischen Bevölkerung.

Pollack et al. (2016) berichten für türkischstämmige Zuwanderer eine deutlich höhere Religiosität von 67 Prozent. Allerdings nutzen sie ein völlig anderes Messinstrument. Wir haben die religiöse Selbsteinstufung auf einer 100er-Skala erhoben, während Pollack et al. eine 7er-Skala verwendet haben. Das führt naturgemäß zu anderen, nicht vergleichbaren Resultaten.

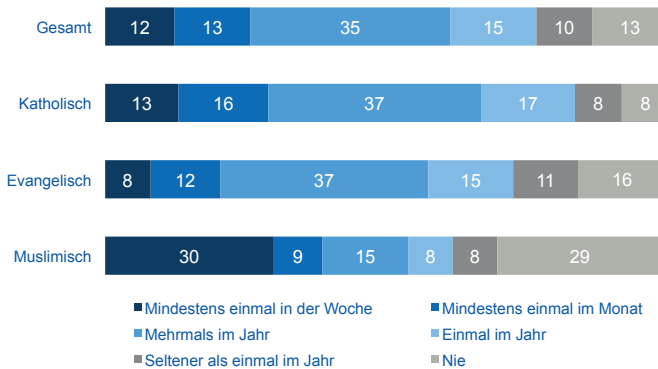
Abbildung 6: Wie religiös sind Sie auf einer Skala von 0-100? Darstellung ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.



Bei der Kirchengangshäufigkeit (bzw. der Häufigkeit des Besuchs einer Moschee oder Synagoge) sind die Unterschiede zwischen Muslimen und Christen deutlicher ausgeprägt. Katholische und evangelische Befragte geben am häufigsten an, mehrmals im Jahr in die Kirche zu gehen. Der wöchentliche Kirchengang, aber auch der kategorische Verzicht auf den Gang zur Kirche sind verhältnismäßig selten. Christen weisen in Deutschland eher eine mittlere Kirchengangshäufigkeit auf. Bei Muslimen dagegen ist der gelegentliche Moscheebesuch deutlich seltener. Je etwa 30 Prozent der Muslime geben an, entweder einmal in der Woche in die Moschee zu gehen oder nie. Entweder ist es ein festes Ritual oder die Moschee wird komplett gemieden. Dagegen begeben sich die in Deutschland lebenden Christen gelegentlich in die Kirche, ohne daraus eine regelmäßige Angele-

genheit zu machen. Pollack et al. (2016: 12) kommen für türkischstämmige Zuwanderer zu ganz ähnlichen Ergebnissen wie wir für Muslime. 28 Prozent der Türkischstämmigen gehen laut der Studie wöchentlich oder öfter in die Moschee.

Abbildung 7: Wie oft gehen Sie im Allgemeinen zur Kirche/in eine Moschee/in eine Synagoge/in einen Tempel/in ein Gotteshaus? Darstellung ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.

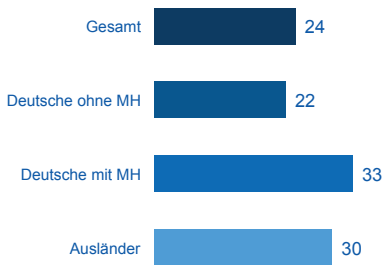


Auch wenn keine Verlaufsdaten vorliegen und somit streng genommen keine Aussagen über Anpassungsprozesse getroffen werden können, sieht es so aus, dass sich die in Deutschland lebenden Zuwanderer bezüglich ihrer Religionszugehörigkeit nicht angepasst haben. Bei der Religiosität gibt es dagegen nur geringe Unterschiede zwischen Deutschen und Zuwanderern. Hier könnte von einer Anpassung gesprochen werden. Allerdings kann durch die vorliegenden Daten nicht geklärt werden, ob es sich tatsächlich um eine Anpassung handelt oder ob die zugewanderten Befragten schon bei der Migration ähnlich religiös waren wie die deutsche Bevölkerung.

In Fragen der Sexualmoral haben Migranten und Ausländer dagegen eine pessimistischere Haltung als Deutsche. Der Aussage „Die Sexualmoral der westlichen Welt ist völlig verkommen“ stimmt gut jeder fünfte Deutsche, aber jeder dritte Migrant und Ausländer zu. Gleichzeitig geben aber auch 12 Prozent der Migranten und 20 Prozent der Ausländer an, diese Frage nicht beurteilen zu können. Damit traut sich ein relativ hoher Anteil

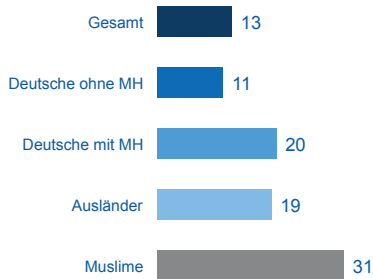
der Zuwanderer nicht zu, die Sexualmoral der westlichen Welt zu bewerten (zum Vergleich: nur 4 Prozent der Deutschen geben „kann ich nicht beurteilen“ an). Unter Muslimen ist die Zustimmung mit 35 Prozent höher als unter Angehörigen anderer Konfessionen. Bei Katholiken, Protestanten und Muslimen steigt die Zustimmung mit zunehmender Religiosität. Je religiöser ein Befragter ist, desto eher hält er die Sexualmoral für verkommen. Stark religiöse Katholiken (27 Prozent) stimmen der Aussage dabei seltener zu als stark religiöse Protestanten (32 Prozent) oder stark religiöse Muslime (38 Prozent). Türkischstämmige Zuwanderer stimmen der Aussage ebenfalls zu 38 Prozent zu. Besonders wenig halten russischstämmige Zuwanderer von der westlichen Sexualmoral. Fast jeder zweite Zuwanderer aus Russland meint, die Sexualmoral der westlichen Welt sei völlig verkommen. Die Aufenthaltsdauer hat dagegen keinen nennenswerten Einfluss auf die Einstellung zur westlichen Sexualmoral. Befragte mit Hauptschulabschluss und über 65 Jahre stimmen wiederum überdurchschnittlich häufig zu.

Abbildung 8: Zustimmung zur Aussage „Die Sexualmoral der westlichen Welt ist völlig verkommen“ (stimme völlig zu/stimme eher zu); Darstellung ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.



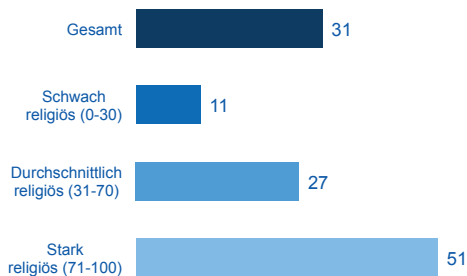
Neben dieser moralischen Frage wurden auch Einstellungen zum Koran und Islam erhoben. Dabei wurden nicht nur Muslime, sondern alle Befragte nach ihren Einstellungen befragt. Der Aussage „Nur wer die Regeln des Koran buchstabengetreu befolgt, ist ein wahrer Muslim“ stimmt nur jeder zehnte Deutsche, aber jeder fünfte Migrant und Ausländer zu. Am höchsten ist die Zustimmung zu einer buchstabengetreuen Auslegung des Islam erwartungsgemäß unter Muslimen. 31 Prozent der Muslime vertreten die Auffassung, ein wahrer Muslim müsse die Regeln des Korans buchstabengetreu befolgen.

Abbildung 9: Zustimmung zur Aussage „Nur wer die Regeln des Koran buchstabengetreu befolgt, ist ein wahrer Muslim“ (stimme völlig zu/ stimme eher zu); Darstellung ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.



Unter stark religiösen Muslimen ist die Zustimmung besonders hoch. Jeder zweite stark religiöse Muslim befürwortet eine buchstabengetreue Auslegung. Schwach religiöse Muslime stimmen der Aussage mit 11 Prozent genauso häufig zu wie Deutsche ohne Migrationshintergrund (unter denen sich keine Muslime finden). Gleichzeitig geben 12 Prozent der Muslime an, die Aussage nicht beurteilen zu können. Sie trauen sich kein Urteil über die Auslegung des Korans zu. Angesichts des hohen Anteils an Muslimen, die ihre Glaubensrichtung nicht näher benennen können, ist das wenig überraschend.

Abbildung 10: Zustimmung zur Aussage „Nur wer die Regeln des Koran buchstabengetreu befolgt, ist ein wahrer Muslim“ (stimme völlig zu/stimme eher zu); Darstellung nach Religiosität, ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.



Im Gegenzug stimmen fast zwei Drittel der Deutschen und über die Hälfte der Migranten und Ausländer der Aussage zu „Ich finde es wichtig, dass die Lehre des Islam an die Bedingungen der modernen Welt angepasst sind“. Auch mehr als die Hälfte der Muslime befürworten eine Anpassung des Islam an die moderne Welt.

Abbildung 11: Zustimmung zur Aussage „Ich finde es wichtig, dass die Lehre des Islam an die Bedingungen der modernen Welt angepasst wird“ (stimme völlig zu/stimme eher zu); Darstellung ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.



Spiegelbildlich zur buchstabengetreuen Auslegung sinkt bei der Anpassung des Islam an die moderne Welt die Zustimmung mit zunehmender Religiosität. Über zwei Drittel der schwach religiösen Muslime befürworten eine Anpassung. Aber selbst unter stark religiösen Muslimen meint jeder Zweite, dass die Lehre des Islam an die moderne Welt angepasst werden sollte. Auch hier geben wieder 14 Prozent der befragten Muslime an, die Aussage nicht beurteilen zu können. Männliche Muslime stimmen einer Anpassung an die moderne Welt überdurchschnittlich zu. Interessanterweise stimmen 17 Prozent der Muslime beiden Aussagen zu und fordern sowohl eine buchstabengetreue Befolgung des Korans als auch eine Anpassung des Islam an die moderne Welt, obwohl sich beides logisch ausschließt. Möglicherweise ist die Säkularisierung bei einem Teil der Muslime so weit fortgeschritten, dass sie Fragen zum Koran und zur islamischen Lehre entweder nicht beurteilen können oder widersprüchliche Positionen einnehmen. Insgesamt wird aber deutlich, dass nur eine Minderheit der Muslime die These vertritt, ein wahrer Muslim müsse den Koran buchstabengetreu befolgen. Stattdessen ist die Mehrheit der Muslime der Auffassung, die Lehre des Islam müsse an die Bedingungen moderner Gesellschaften angepasst werden.

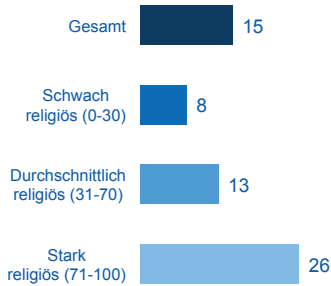
Abbildung 12: Zustimmung zur Aussage „Ich finde es wichtig, dass die Lehre des Islam an die Bedingungen der modernen Welt angepasst wird“ (stimme völlig zu/stimme eher zu); Darstellung nach Religiosität, ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.



Die folgende Einstellung zur Religion wurde aufgrund ihrer Formulierung nur Muslimen gestellt. Dadurch ist zwar kein Vergleich zwischen Deutschen und Zuwanderern möglich, sodass nicht geprüft werden kann, ob es eine Anpassung gibt. Dennoch soll diese Frage im Zusammenhang mit kultureller Integration behandelt werden, da sich darüber generelle kulturelle Haltungen der Muslime erschließen lassen.

Der Aussage „Wenn in meiner Familie eine Muslima einen Christen heiratet, bringt sie Schande über die Familie“ stimmen lediglich 15 Prozent der Muslime zu. Die überwiegende Mehrheit lehnt das hingegen ab. Je religiöser ein muslimischer Befragter ist, desto eher sieht er es als Schande, wenn eine Muslima einen Christen heiratet. Wie jedoch gezeigt wurde, ist der Anteil der stark religiösen Muslime mit 23 Prozent eher gering. Von diesen 23 Prozent lehnt nun ein Viertel eine Heirat zwischen einer Muslima und einem Christen in ihrer eigenen Familie ab. Zusätzlich stimmen Muslime mit Volks- oder Hauptschulabschluss der Aussage leicht überdurchschnittlich zu.

Abbildung 13: Zustimmung zur Aussage „Wenn in meiner Familie eine Muslima einen Christen heiratet, bringt sie Schande über die Familie“ (stimme völlig zu/stimme eher zu); Darstellung nach Religiosität, ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.



Nur eine Minderheit der befragten Muslime befürwortet eine buchstabengetreue Auslegung des Korans oder spricht sich gegen eine Heirat zwischen einer Muslima und einem Christen aus. Dagegen befürwortet die Mehrheit der Muslime eine Anpassung der islamischen Lehre an die Bedingungen der modernen Welt. Die Ergebnisse von Pollack et al., die lediglich türkischstämmige Zuwanderer befragt haben, sind in dieser Hinsicht nur bedingt mit der vorliegenden Studie vergleichbar, da andere Fragen erhoben wurden. Sie gehen inhaltlich zum Teil aber in eine ähnliche Richtung, weshalb sie hier kurz erwähnt werden sollen. Laut der Umfrage von Pollack et al. (2016: 14) stimmt fast die Hälfte der türkischstämmigen Zuwanderer der Aussage zu „Die Befolgung der Gebote meiner Religion ist für mich wichtiger als die Gesetze des Staates, in dem ich lebe“. Hier zeigt sich eine stärker fundamentalistische Haltung als in unseren Ergebnissen. Anders sieht es wiederum bei folgender Aussage aus: „Muslime sollten die Rückkehr zu einer Gesellschaftsordnung wie zu Zeiten des Propheten Mohammeds anstreben“. Hier fällt die Zustimmung mit 32 Prozent ganz ähnlich aus wie bei unserer Frage nach der buchstabengetreuen Auslegung des Korans. Zusätzlich berichten Pollack et al. (2016: 14), dass jeder zweite Zuwanderer aus der Türkei meint, es gebe nur eine wahre Religion, und dass über ein Drittel der Türkischstämmigen die Meinung vertritt, nur der Islam sei in der Lage, die Probleme unserer Zeit zu lösen. Ruud Koopmans (2015: 470) kommt für türkische und marokkanische Zuwanderer in Westeuropa sogar zu dem Befund, dass etwa 60 Prozent der Muslime zu den Wurzeln des Korans

zurückkehren wollen und drei Viertel der Muslime meinen, es gebe nur eine wahre Interpretation des Korans⁴. Zudem halten 65 Prozent der westeuropäischen Muslime aus der Türkei und Marokko die religiösen Regeln für wichtiger als die Gesetze des Staates, in dem sie leben. Im Vergleich von sechs westeuropäischen Ländern zeigt Koopmans, dass „Deutschland [...] das geringste Niveau von muslimischem religiösen Fundamentalismus aufweist“ (Koopmans 2015: 476).

Da die Anpassung der Religionszugehörigkeit nicht additiv erfolgen kann, sondern eine alte Konfession für eine neue aufgegeben werden muss, ist die geringe Anpassung wenig erstaunlich. Auch für andere Beispiele kommt Hans (2010) zu der Erkenntnis, dass additive Anpassungen, bei denen die ursprüngliche Ausprägung beibehalten werden kann, weiter verbreitet sind und offenbar leichter fallen. Die hohe Zustimmung zu einer Anpassung des Islam an die moderne Welt könnte als Hinweis darauf gedeutet werden, dass weniger die Religionszugehörigkeit an sich als vielmehr die Ausgestaltung der Religionsauffassung ein Indikator für kulturelle Integration darstellt.

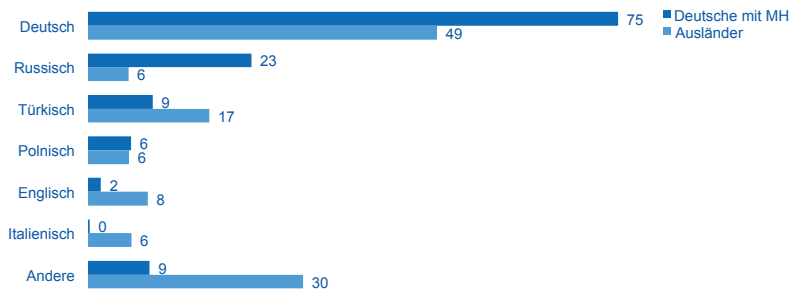
Additive Integration ist hingegen zum Beispiel beim Spracherwerb möglich. Um die deutsche Sprache zu lernen, ist es nicht notwendig, die Muttersprache aufzugeben. Entsprechend weit verbreitet ist die Meinung, wer in Deutschland lebt, sollte auch die deutsche Sprache lernen. Jeweils über 90 Prozent der Deutschen, der Migranten und der Ausländer teilen diese Meinung. Zudem nimmt diese Einstellung noch mit längerem Aufenthalt in Deutschland zu. 90 Prozent der Zuwanderer, die seit bis zu fünf Jahren in Deutschland leben, stimmen dem völlig oder eher zu, während 97 Prozent derjenigen, die vor über 20 Jahren zugewandert sind, den Erwerb der deutschen Sprache befürworten. Auch in der Studie von Pollack et al. (2016: 6) vertreten 91 Prozent der türkischstämmigen Zuwanderer die Auffassung, das Lernen der deutschen Sprache gehöre zu den Bedingungen für gute Integration.

Abbildung 14: Zustimmung zur Aussage „Wer in Deutschland lebt, sollte auch die deutsche Sprache lernen“ (stimme völlig zu/stimme eher zu); Darstellung ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.



In der Realität sprechen dann auch tatsächlich drei Viertel der Migranten und immerhin etwa die Hälfte der Ausländer überwiegend Deutsch zu Hause (es waren zwei Nennungen möglich, da es denkbar ist, dass zwei Sprachen gleichberechtigt gesprochen werden). Von den Migranten sprechen mit 23 Prozent auch relativ viele Russisch, während bei den Ausländern nach Deutsch eine andere Sprache gesprochen wird. Türkisch sprechen zu Hause 17 Prozent der Ausländer, aber nur 9 Prozent der Migranten.

Abbildung 15: In welcher Sprache sprechen Sie überwiegend zu Hause? Zwei Nennungen möglich.

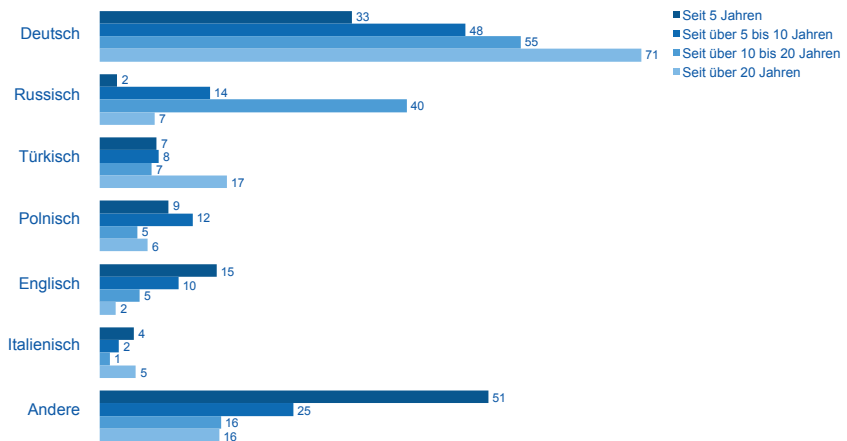


Bei der überwiegend zu Hause gesprochenen Sprache zeigt sich in mehrfacher Hinsicht ein Einfluss der Aufenthaltsdauer. Je länger ein Befragter in Deutschland lebt, desto häufiger spricht er zu Hause überwiegend

Deutsch. Von den Zuwanderern, die seit mehr als 20 Jahren in Deutschland sind, sprechen 71 Prozent zu Hause Deutsch (Migranten und Ausländer zusammengenommen). Das deutet auf eine starke sprachliche Anpassung hin. Auch wenn eine Person im Alltag möglicherweise sehr gut Deutsch spricht, bedeutet das nicht zwangsläufig, dass sie nicht zu Hause ihre eigentliche Muttersprache bevorzugt. Die Verwendung der deutschen Sprache selbst in den eigenen vier Wänden kann daher als deutliches Zeichen für eine sprachliche und damit kulturelle Integration gewertet werden⁵.

Unter denjenigen, die vor zehn bis 20 Jahren zugewandert sind, ist Russisch zu Hause sehr verbreitet. Das liegt vermutlich daran, dass in diesem Zeitraum besonders viele (Spät-)Aussiedler nach Deutschland gekommen sind, die nach wie vor ihre Muttersprache zu Hause sprechen. Unter den erst kürzlich migrierten Befragten herrschen dagegen andere Sprachen vor. Diese Zuwanderer sind noch nicht lange genug in Deutschland, um zu Hause überwiegend Deutsch zu sprechen, gehören aber offenbar nicht zu zwei der größten Zuwanderergruppen, (Spät-)Aussiedler und Türken.

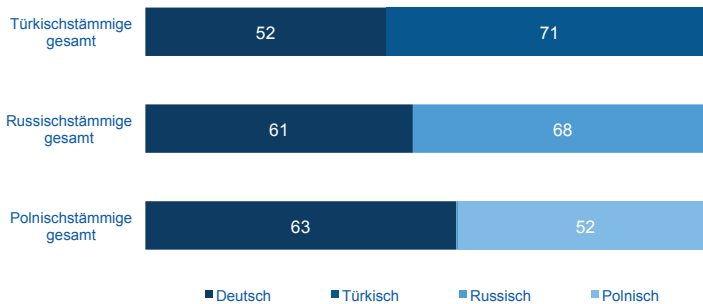
Abbildung 16: In welcher Sprache sprechen Sie überwiegend zu Hause? Darstellung nach Aufenthaltsdauer, zwei Nennungen möglich.



Noch interessanter wird es, wenn man nicht nur die Sprachen für alle Migranten und Ausländer untersucht, sondern nach Herkunftsland differenziert: Jeder zweite türkischstämmige Zuwanderer spricht zu Hause

Deutsch. Unter den russisch- und polnischstämmigen Zuwanderern sprechen sogar über 60 Prozent Deutsch zu Hause. Daneben sprechen 71 Prozent der Türkischstämmigen Türkisch, 68 Prozent der Russischstämmigen Russisch und die Hälfte der Polnischstämmigen Polnisch. Auch wenn nicht mit Sicherheit gesagt werden kann, ob dieselben Personen Deutsch und ihre Muttersprache zu Hause sprechen, deuten die Zahlen darauf hin, dass beide Sprachen relativ gleichberechtigt nebeneinander verwendet werden. Für die türkischstämmigen Zuwanderer kommen auch Pollack et al. (2016: 8) zu dem Befund, dass 71 Prozent von sich selbst sagen, gute oder sehr gute Deutschkenntnisse zu haben.

Abbildung 17: In welcher Sprache sprechen Sie überwiegend zu Hause? Darstellung nach Herkunftsland, zwei Nennungen möglich.



Bei aller Vorsicht, die bei der Interpretation geboten ist, da es sich um reine Querschnittdaten handelt, weist diese Untersuchung im Bereich der kulturellen Integration eine hohe Anpassungsbereitschaft der Zuwanderer aus. Es scheint allgemeiner Konsens unter Deutschen wie Migranten und Ausländern zu sein, dass Zuwanderer sich an die deutsche Kultur anpassen sollten. Einzig die in Deutschland lebenden Türken (ohne deutsche Staatsangehörigkeit) haben eine etwas geringere Zustimmung. Aber auch bei ihnen findet zumindest eine knappe Mehrheit, dass Zuwanderer sich anpassen sollten.

Bei der Religionszugehörigkeit zeigen sich größere Differenzen, was allerdings wenig erstaunt, da die Religion in den meisten Fällen im Laufe des Lebens nicht gewechselt wird. Der Grad der Religiosität ist dagegen sehr ähnlich zwischen Deutschen, Migranten und Ausländern. Obwohl die Religiosität der Muslime nicht besonders hoch ausgeprägt ist, gibt es eine

kleine Gruppe der Muslime, die Tendenzen zu religiösem Fundamentalismus erkennen lässt. Sie befürworten eine buchstabengetreue Auslegung des Korans und lehnen eine Heirat zwischen einer Muslima und einem Christen ab. Die Mehrheit der Muslime äußert jedoch die Meinung, dass die Lehre des Islam an die moderne Welt angepasst werden müsste, und zeigt sich daher nicht fundamentalistisch, sondern im Gegenteil offen für kulturelle Anpassungen.

Anders als die Religionszugehörigkeit ist Sprache ein Bereich, in dem Anpassung additiv erfolgen kann. Es ist kein Problem, mehrere Sprachen zu sprechen. Allerdings verläuft die sprachliche Anpassung meist einseitig, d.h. Zuwanderer lernen Deutsch. Mit den vorliegenden Daten kann keine Aussage über die Sprachkompetenzen der Zuwanderer getroffen werden. Ein großer Anteil, vor allem der Migranten, aber auch die Hälfte der Ausländer spricht zu Hause Deutsch. Mit zunehmender Aufenthaltsdauer in Deutschland steigt der Anteil derjenigen, die zu Hause Deutsch sprechen. Auch das deutet auf eine kulturelle Anpassung der in Deutschland lebenden Zuwanderer hin. Dies ist insofern besonders erfreulich, als dass Untersuchungen zeigen, dass die soziokulturelle Anpassung von muslimischen Zuwanderern eine wichtige Bedingung für die strukturelle Integration in den Arbeitsmarkt ist (vgl. Koopmanns 2016).

- 1| *In der Studie von Pollock et al. (2016) wurden nur Personen mit türkischer Herkunft befragt. Es ist kein Vergleich mit der autochthon deutschen Bevölkerung möglich. Zudem differenzieren die Autoren nicht zwischen Migranten und Ausländern.*
- 2| *Die Ergebnisse aller in dieser Studie präsentierten Einstellungsaussagen wurden mithilfe einer 4er-Antwortskala erhoben: stimme völlig zu, stimme eher zu, stimme eher nicht zu, stimme gar nicht zu.*
- 3| *Aleviten sind dabei nicht zu verwechseln mit den Alawiten, die zu den Schiiten gehören und zum großen Teil in Syrien leben.*
- 4| *Die Ergebnisse der Studie von Koopmanns (2015) sind mit der vorliegenden Studie nur bedingt vergleichbar, da nur Muslime aus der Türkei und Marokko befragt wurden. Zudem wurde die Befragung in sechs Ländern durchgeführt: Österreich, Deutschland, Frankreich, Niederlande, Belgien und Schweden.*
- 5| *Allerdings muss einschränkend darauf hingewiesen werden, dass keine Aussagen darüber gemacht werden können, wie gut Zuwanderer Deutsch sprechen, sondern nur, dass sie zu Hause Deutsch sprechen.*

2.2 STRUKTURELLE INTEGRATION

Für die Integration auf der strukturellen Dimension sind Bildung, Arbeitsplatz und Einkommen mögliche Indikatoren. Auch die Staatsbürgerschaft kann als strukturelle Integration verstanden werden, da sie bestimmte Rechte, wie z.B. das Wahlrecht, mit sich bringt. In der vorliegenden Umfrage ist die Staatsbürgerschaft jedoch kein geeigneter Indikator für die strukturelle Integration, da nach unserer Definition alle Migranten die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, alle Ausländer nicht. Deutsche mit Migrationshintergrund sind per Definition in Bezug auf die Staatsbürgerschaft strukturell integriert, wohingegen Ausländer danach vollständig segmentiert sind. Manche Studien verwenden die Staatsbürgerschaft als Indikator für die identifikative Integration. Das ist jedoch auch nicht passend, da der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit auch von formalen Voraussetzungen abhängt und nicht nur von dem Wunsch danach (vgl. Hans 2010: 122ff.). Es kann also Befragte geben, die die deutsche Staatsbürgerschaft gerne hätten, sie aber aus formalen Gründen nicht besitzen. Stattdessen ist es möglich, den Wunsch nach dem Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit als Indikator zu verwenden. Dabei handelt es sich dann tatsächlich um identifikative Integration, die wir bei diesem Indikator allerdings nur für Ausländer messen können. Deshalb wird auf den Wunsch nach der Staatsbürgerschaft erst weiter unten genauer eingegangen.

In unserer Stichprobe weisen Migranten und Ausländer ein etwas höheres formales Bildungsniveau auf als Deutsche

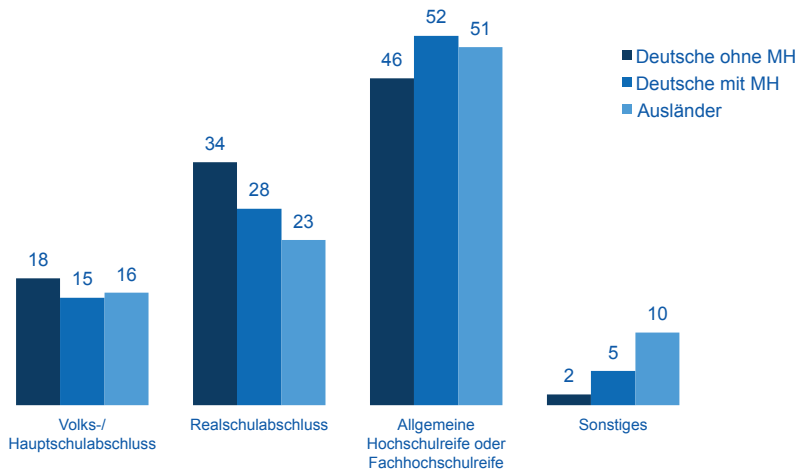
ohne Migrationshintergrund. Allerdings sind in Abbildung 18 Befragte mit Schulabschluss aus dem Primarbereich oder ohne Abschluss nicht enthalten. Zählt man sie zu den Befragten mit Hauptschulabschluss hinzu, erhöht sich der Anteil der formal niedrig gebildeten Migranten auf 19 Prozent und der niedrig gebildeten Ausländer auf 25 Prozent. Dennoch scheinen Migranten und Ausländer hier strukturell recht gut integriert zu sein. Andere Quellen berichten hingegen von niedrigeren Bildungsniveaus der Zuwanderer (vgl. z.B. Bundeszentrale für politische Bildung 2016: 227).

Das überraschend hohe Bildungsniveau der Migranten und Ausländer relativiert sich dann auch, wenn man nach Herkunftsländern differenziert. Bei den Zuwanderern aus der Türkei geben 42 Prozent an, einen Hauptschulabschluss oder weniger zu besitzen. 26 Prozent der türkischstämmigen Zuwanderer haben einen Realschulabschluss und 28 Prozent das Abitur. Die russisch- und polnischstämmigen Zuwanderer weisen dagegen ein wesentlich höheres Bildungsniveau auf, das über dem Bildungsniveau der deutschen Bevölkerung liegt. Dafür ist nicht nur die höhere Beteiligung von besser gebildeten Befragten an der Umfrage verantwortlich. Russland und Polen weisen tatsächlich formal höhere Bildungsniveaus auf als Deutschland. Laut OECD-Bildungsstudie (OECD 2014: 55) haben 50 Prozent der Deutschen, 62 Prozent der Polen und 40 Prozent der Russen als höchsten Bildungsabschluss einen Abschluss im Sekundarbereich II¹. Zusätzlich weisen etwa ein Viertel der Deutschen, ein Viertel der Polen und die Hälfte der Russen einen Abschluss im Tertiärbereich auf. Damit haben 94 Prozent der russischen Bevölkerung mindestens einen Abschluss im Sekundarbereich II oder höher (Deutschland: 78 Prozent, Polen: 87 Prozent). Daraus ergibt sich, dass auch die in Deutschland lebenden Migranten und Ausländer aus Polen und Russland ein höheres formales Bildungsniveau besitzen als die deutsche Bevölkerung.

Gleichzeitig ist aber nicht nur das Bildungsniveau der Migranten und Ausländer recht hoch, sondern auch das Bildungsniveau der Deutschen. Laut Datenreport 2016 (Bundeszentrale für politische Bildung 2016: 99) weisen 36,6 Prozent der deutschen Bevölkerung einen Haupt- oder Volksschulabschluss auf, 30,3 Prozent besitzen einen Realschulabschluss oder Abschluss der Polytechnischen Oberschule und 28,7 Prozent verfügen über die Fachhochschul- oder Hochschulreife. Die vorliegende Umfrage weist also eindeutig eine Verzerrung dahingehend auf, dass Befragte mit

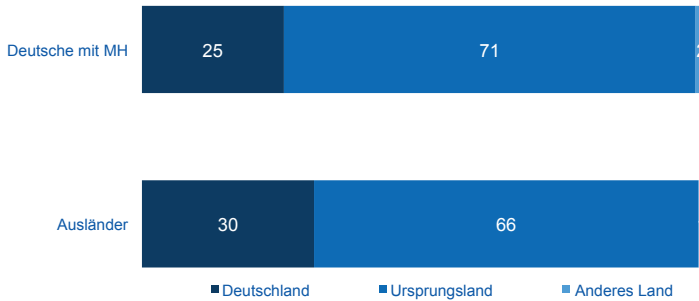
höherer formaler Bildung häufiger vertreten sind. Das ist in Umfragen nicht ungewöhnlich. Im Politbarometer 2012 (Jahreskumulation der Einzelerhebungen) wurden ungewichtet 22 Prozent mit Hauptschulabschluss befragt, 37 Prozent mit Realschulabschluss und 41 Prozent mit Abitur oder Fachabitur (Politbarometer 2012 (ZA6541); eigene Berechnungen). Diese Zahlen weichen nur geringfügig von unseren Werten für die deutschen Befragten ab. In anderen Umfragen wird üblicherweise eine Gewichtung vorgenommen, um das Bildungsungleichgewicht auszugleichen. In unserem Fall war eine Gewichtung anhand der Bildung leider nicht möglich, da für die in Deutschland lebende ausländische Bevölkerung keine verlässliche und mit den in Deutschland erreichbaren Abschlüssen vergleichbare Datenbasis vorliegt. Daher kann die leichte Verzerrung nicht behoben werden und sollte bei der Interpretation der Ergebnisse berücksichtigt werden.

Abbildung 18: Bildung



Ein Großteil der befragten Zuwanderer hat seinen Bildungsabschluss nicht in Deutschland gemacht. Lediglich ein Viertel der Migranten und 30 Prozent der Ausländer besitzen einen deutschen Schulabschluss. Dadurch ist es ohnehin nur bedingt möglich, vom Bildungsniveau Rückschlüsse auf den Grad der Integration zu ziehen. Genau genommen ist dies nur sinnvoll für die zweite und alle späteren Generationen der Zuwanderer, die in Deutschland geboren und zur Schule gegangen sind bzw. ihre Berufsausbildung absolviert haben.

Abbildung 19: Haben Sie Ihren höchsten Bildungsabschluss in Ihrem Ursprungsland oder in Deutschland gemacht? Darstellung ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.



Dennoch kann ein Vergleich der schulischen und beruflichen Bildungsabschlüsse erhellend sein. Hans (2010) stellt in ihrer Untersuchung fest, dass sich der Prozess der Angleichung zwischen den Zuwanderergruppen nicht unterscheidet, wohl aber das Niveau zum Zeitpunkt der Migration. Daher scheint es sinnvoll, die berufliche Bildung nach Herkunftsland und Aufenthaltsdauer zu differenzieren. Im Querschnitt zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen Deutschen, Migranten und Ausländern in Bezug auf den Berufsabschluss. Deutsche ohne Migrationshintergrund haben häufiger eine betriebliche Ausbildung oder eine Lehre abgeschlossen als Migranten und Ausländer. Zudem verfügen Deutsche häufiger über eine Fachschulausbildung. Dafür besitzen Migranten und noch stärker Ausländer öfter keinerlei beruflichen Abschluss (und befinden sich auch nicht in einer Ausbildung). So gut wie kein Unterschied besteht dagegen in der Häufigkeit eines abgeschlossenen Fach- oder Hochschulstudiums. Je 31 Prozent der Deutschen und der Ausländer sowie 28 Prozent der Migranten verfügen über einen Studienabschluss.

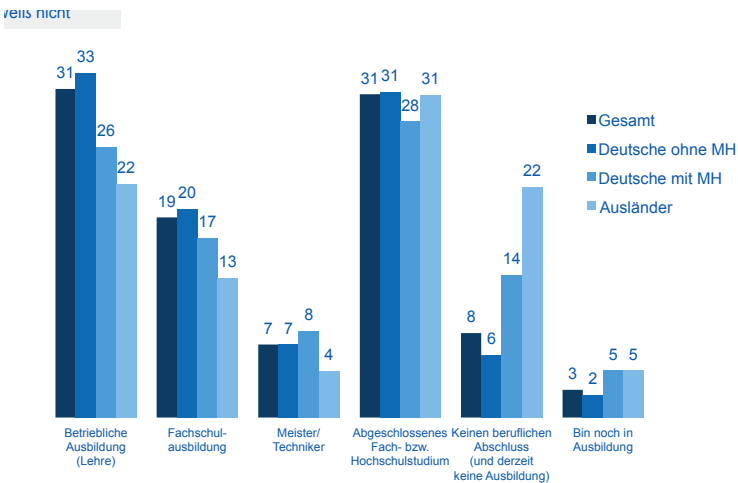
Die Unterscheidung nach Aufenthaltsdauer fördert interessante Differenzen zutage, bei denen es sich vermutlich wieder um Kohorteneffekte zum Zeitpunkt der Zuwanderung handelt. Der Anteil der Zuwanderer mit betrieblicher Ausbildung oder Lehre steigt mit zunehmender Aufenthaltsdauer um 19 Prozentpunkte an. Nur jeder zehnte Zuwanderer, der erst seit bis zu fünf Jahren in Deutschland lebt, hat eine betriebliche Ausbildung. Dagegen weisen 29 Prozent der vor über 20 Jahren Zugewanderten eine betriebliche Ausbildung auf. Gleichzeitig haben 44 Prozent

der kürzlich Zugewanderten einen Studienabschluss, während das nur auf 24 Prozent derjenigen zutrifft, die seit über 20 Jahren in Deutschland leben. Es ist nicht anzunehmen, dass Zuwanderer stärker zu einer betrieblichen Ausbildung statt zu einem Studienabschluss tendieren, je länger sie in Deutschland sind. Es scheint eher so zu sein, dass diejenigen, die später zugewandert sind, vermehrt ein Studium abgeschlossen haben und damit als hoch qualifiziert gelten.

Bei der Differenzierung nach Herkunftsländern fällt vor allem auf, dass die türkischstämmigen Zuwanderer überdurchschnittlich oft keinen beruflichen Abschluss aufweisen können. Jeder dritte Zuwanderer aus der Türkei hat keinen Berufsabschluss. Gleichzeitig haben lediglich 11 Prozent der Türkischstämmigen ein Studium abgeschlossen. Russischstämmige Zuwanderer haben dagegen nur selten keinen Berufsabschluss (10 Prozent) und mit 39 Prozent überdurchschnittlich häufig einen Studienabschluss.

Damit fallen die Zuwanderer aus der Türkei besonders auf. Im Vergleich zu Deutschen haben sie mehr als vier Mal so oft keinen Berufsabschluss. Dadurch könnte sich ihre Integration auf dem Arbeitsmarkt erschweren.

Abbildung 20: Welchen höchsten beruflichen Bildungsabschluss haben Sie? Darstellung ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.

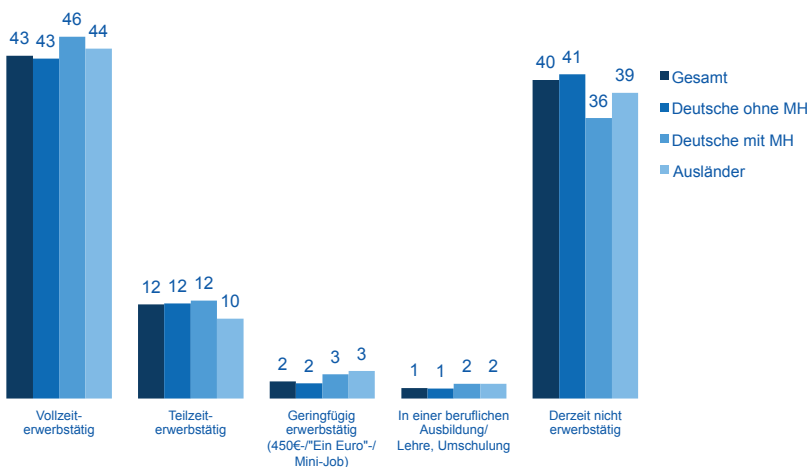


Angaben in Prozent, Basis: Alle Befragten, (DoMH n=1021; DMH: n =1004; Ausländer n=1009)

Gleichzeitig wird die strukturelle Integration der Zuwanderer dadurch erschwert, dass die berufliche Ausbildung eines großen Teils der Migranten und Ausländer in Deutschland nicht anerkannt wurde. 42 Prozent der Migranten und jeder zweite Ausländer berichten, ihre Ausbildung sei in Deutschland nicht anerkannt worden. Hier schneiden die türkischstämmigen Zuwanderer jedoch verhältnismäßig gut ab. Lediglich 16 Prozent geben an, ihre Ausbildung sei nicht anerkannt worden. Allerdings liegt das vermutlich auch daran, dass mehr als ein Drittel der türkischstämmigen Zuwanderer mit Berufsabschluss ihre berufliche Ausbildung in Deutschland abgeschlossen hat. Insgesamt hat nur etwa ein Fünftel aller Zuwanderer den Berufsabschluss in Deutschland erworben.

Bei der Erwerbstätigkeit zeigt sich ein hohes Maß an struktureller Assimilation zwischen Deutschen, Migranten und Ausländern. Die Unterschiede in der Erwerbstätigkeit sind lediglich minimal. Über 40 Prozent der Befragten sind Vollzeit erwerbstätig, während ebenfalls etwa 40 Prozent nicht erwerbstätig sind. Lediglich 12 Prozent geben an, in Teilzeit beschäftigt zu sein. Erstaunlich ist der Anteil der erwerbstätigen Zuwanderer aus der Türkei. Diese Gruppe war durch einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Personen ohne Berufsabschluss aufgefallen. Dennoch sind türkischstämmige Zuwanderer überdurchschnittlich häufig Vollzeit erwerbstätig und durchschnittlich häufig nicht erwerbstätig. Jeder zweite Zuwanderer aus der Türkei geht einer Vollzeitbeschäftigung nach.

Abbildung 21: Welche Erwerbssituation trifft auf Sie zu? Darstellung ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.



Größere Unterschiede ergeben sich zwischen Deutschen, Migranten und Ausländern, wenn die Art der Nichterwerbstätigkeit differenziert wird. In allen drei Gruppen sind zwar die meisten nicht erwerbstätigen Personen Rentner oder Pensionäre, das Ausmaß unterscheidet sich jedoch deutlich. Drei Viertel der Deutschen, die nicht erwerbstätig sind, sind Rentner. Dagegen ist nur jeder zweite nicht erwerbstätige Migrant und jeder Dritte nicht erwerbstätige Ausländer Rentner. Das liegt vor allem an der unterschiedlichen Altersstruktur: Migranten und Ausländer sind im Schnitt deutlich jünger als Deutsche, weshalb sich in diesen Gruppen naturgemäß weniger Rentner finden. Stattdessen sind Migranten und Ausländer häufiger als Deutsche nicht erwerbstätig, weil sie noch studieren oder weil sie arbeitslos sind. 7 Prozent der Deutschen, die keiner Erwerbstätigkeit nachgehen, sind arbeitslos, während das für 14 Prozent der Migranten und 18 Prozent der Ausländer gilt, die nicht erwerbstätig sind. Nicht berufstätige Ausländer sind zusätzlich überdurchschnittlich häufig Hausfrau oder Hausmann. Mit einem guten Fünftel Hausfrauen/Hausmänner ist der Anteil unter nicht erwerbstätigen Ausländern etwa vier Mal so hoch wie unter nicht berufstätigen Deutschen und Migranten.

Auch bei der Art der Erwerbstätigkeit gibt es Gruppenunterschiede. Migranten und Ausländer arbeiten unterdurchschnittlich häufig als Angestellte. Stattdessen sind sie überdurchschnittlich häufig als Arbeiter beschäftigt. Auch Muslime (30 Prozent) und türkischstämmige Zuwanderer (33 Prozent) sind überdurchschnittlich häufig als Arbeiter tätig.

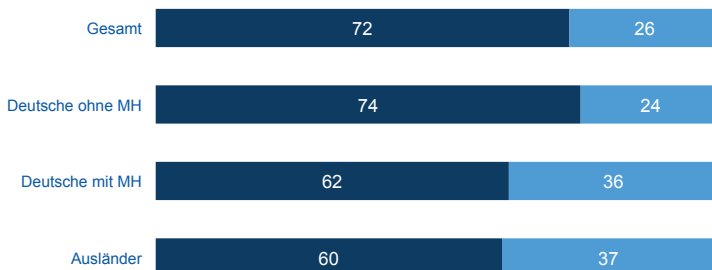
Was die Zufriedenheit mit der aktuellen oder zuletzt ausgeübten beruflichen Tätigkeit betrifft, unterscheiden sich die Gruppen wiederum nicht voneinander. Sowohl Deutsche als auch Migranten und Ausländer sind zu über 80 Prozent mit ihrer Arbeit zufrieden.

Abbildung 22: Wie zufrieden sind Sie mit Ihrer aktuellen/zuletzt überwiegend ausgeübten beruflichen Tätigkeit? Darstellung ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.



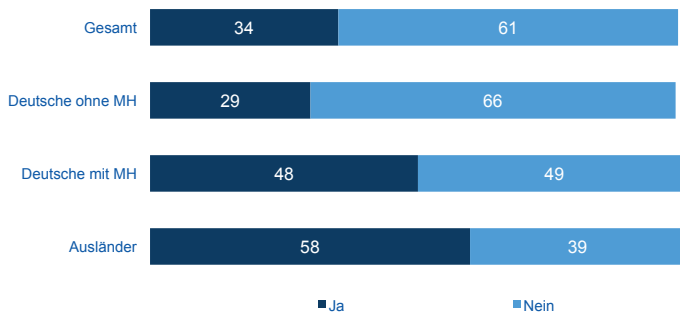
Die hohe Zufriedenheit auch unter Migranten und Ausländern überrascht insofern ein Stück weit, als dass sie häufiger als Deutsche in einem Beruf tätig sind, der nicht ihrer Ausbildung entspricht. Dennoch arbeitet noch über die Hälfte der Migranten und Ausländer in einem Beruf, der ihrer Ausbildung entspricht. Dieser Anteil steigt leicht mit zunehmender Aufenthaltsdauer in Deutschland. Jeder zweite Zuwanderer, der seit bis zu fünf Jahren in Deutschland lebt, arbeitet in einer der Ausbildung entsprechenden Tätigkeit. Gleiches trifft auf zwei Drittel derjenigen zu, die vor über 20 Jahren zugewandert sind. Türkischstämmige Zuwanderer üben durchschnittlich häufig eine Tätigkeit aus, die ihrer Ausbildung entspricht. Russisch- und polnischstämmige Zuwanderer verrichten dagegen überdurchschnittlich häufig eine Tätigkeit, die nicht mit ihrer beruflichen Ausbildung korrespondiert. Jeder zweite Zuwanderer aus Russland oder Polen arbeitet nicht gemäß seiner Ausbildung.

Abbildung 23: Entspricht Ihre aktuelle/zuletzt überwiegend ausgeübte Tätigkeit Ihrer beruflichen Ausbildung? Darstellung ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.



Von denjenigen, deren Tätigkeit nicht ihrer Ausbildung entspricht, möchte nur eine Minderheit der Deutschen lieber in ihrem gelernten Beruf arbeiten. Allerdings würde fast jeder zweite Migrant und über die Hälfte der Ausländer lieber ihren gelernten Beruf ausüben als ihre tatsächliche Tätigkeit. Mit zunehmender Aufenthaltsdauer sinkt der Anteil derjenigen, die lieber ihren gelernten Beruf ausüben würden. In Anbetracht der deutlich höheren Werte unter Migranten und Ausländern als unter Deutschen ist es erstaunlich, aber auch erfreulich, dass sich die Zufriedenheit mit der aktuellen Tätigkeit trotz des Wunsches nach einem anderen Beruf nicht zwischen den Gruppen unterscheidet.

Abbildung 24: Möchten Sie lieber in Ihrem gelernten Beruf arbeiten bzw. hätten Sie lieber in Ihrem gelernten Beruf gearbeitet? Darstellung ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.



Bei den Berufsabschlüssen und der Art der Tätigkeit zeigt sich, dass Zuwanderer noch nicht vollständig strukturell integriert sind. Sowohl Migranten als auch Ausländer verfügen überdurchschnittlich häufig über keinen Berufsabschluss. Das gilt besonders für türkischstämmige Zuwanderer. Wenn Zuwanderer berufstätig sind, sind sie überdurchschnittlich häufig als Arbeiter und unterdurchschnittlich häufig als Angestellte tätig. Nicht erwerbstätige Migranten und Ausländer sind seltener Rentner als nicht erwerbstätige Deutsche, dafür sind sie häufiger arbeitslos oder studieren noch. Ausländer sind häufiger Hausfrau/Hausmann als Deutsche. Kaum Unterschiede zwischen Deutschen, Migranten und Ausländern ergeben sich bei der Vollzeit-erwerbstätigkeit. Zuwanderer sind etwa so häufig Vollzeit erwerbstätig wie Deutsche. Unter den verschiedenen Herkunftsländern weichen die Zuwanderer aus der Türkei insofern vom Durchschnitt

ab, als dass sie häufiger Vollzeit berufstätig sind als Deutsche – und das, obwohl sie deutlich häufiger als Deutsche keinen Berufsabschluss haben.

- 1| Die OECD-Bildungsstudie definiert die Sekundarbereiche I und II sowie die Tertiärbereiche A und B wie folgt:

„Sekundarbereich I: Schließt die Vermittlung der Grundbildung ab, normalerweise starker fachorientiert mit starker spezialisierten Lehrkräften. Eintritt erfolgt nach 6 Jahren Besuch des Primarbereichs, Dauer 3 Jahre. In einigen Ländern ist am Ende des Sekundarbereichs I die Schulpflicht erfüllt.

Sekundarbereich II: Der Unterricht ist fächerspezifischer als im Sekundarbereich I, und die Lehrkräfte sind in der Regel höher qualifiziert. Schüler sollten typischerweise bereits 9 Jahre die Schule besucht haben bzw. den Sekundarbereich I abgeschlossen haben. Das Eintrittsalter liegt im Allgemeinen bei 15 oder 16 Jahren.

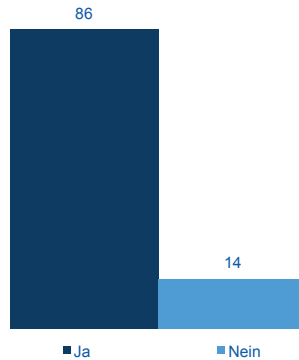
Tertiärbereich A: Weitgehend theoretisch orientierte Studiengänge, die hinreichende Qualifikationen für den Zugang zu weiterführenden forschungsorientierten Studiengängen und Berufen mit hohem Qualifikationsniveau, wie Medizin, Zahnmedizin oder Architektur, vermitteln sollen. Dauer mindestens 3 Jahre (Vollzeitteilnahme), obwohl normalerweise 4 oder mehr Jahre. Derartige Studiengänge werden nicht ausschließlich an Hochschulen angeboten; und umgekehrt erfüllen nicht alle Studiengänge, die national als Hochschulstudium anerkannt werden, die Kriterien für die Einstufung im Tertiärbereich A. Der Tertiärbereich A schließt zweite Abschlüsse wie den „Master“ mit ein.

Tertiärbereich B: Die Studiengänge sind typischerweise kürzer als im Tertiärbereich A und konzentrieren sich auf praktische/technische/berufsbezogene Fähigkeiten für den direkten Eintritt in den Arbeitsmarkt, obwohl in diesen Studiengängen auch einige theoretische Grundlagen vermittelt werden können. Sie dauern im Tertiärbereich mindestens 2 Jahre (Vollzeitteilnahme).“ (OECD 2014: 27). In Russland wird der Sekundarbereich II in der Regel mit 16 oder 17 Jahren beendet, während das übliche Alter bei Abschluss des Sekundarbereiches II in Deutschland bei 19 bis 20 Jahren liegt (OECD 2014: 694). Für den Erstsabschluss im Tertiärbereich A liegt das übliche Alter in Russland bei 22 Jahren, in Deutschland bei 24 bis 27 Jahren. Den Erstsabschluss im Tertiärbereich B machen Russen in der Regel im Alter von 20 Jahren, Deutsche erst im Alter von 21 bis 23 Jahren (OECD 2014: 697).

2.3 SOZIALE INTEGRATION

In der vorliegenden Untersuchung wurde nur ein Indikator zur sozialen Integration erfasst, der allerdings eine hohe soziale Integration nahelegt. 86 Prozent der Ausländer geben an, schon einmal bei einer deutschen Familie eingeladen gewesen zu sein. Türkischstämmige Ausländer sind mit 80 Prozent leicht unterdurchschnittlich oft bei Deutschen eingeladen gewesen. Insgesamt steigt der Anteil derjenigen, die schon einmal bei einer deutschen Familie zu Hause eingeladen waren, mit zunehmender Aufenthaltsdauer. Selbst unter denjenigen, die erst seit bis zu fünf Jahren in Deutschland leben, ist der Anteil mit 73 Prozent recht hoch. Von den Ausländern, die vor über 20 Jahren nach Deutschland gekommen sind, waren sogar schon 91 Prozent bei einer deutschen Familie zu Hause eingeladen. Allerdings wurde diese Frage nur Personen gestellt, die keinen deutschen Pass besitzen. Über die soziale Integration von Migranten kann somit keine Aussage gemacht werden. Zusätzlich lässt ein einziger Indikator keine tieferen Rückschlüsse über den tatsächlichen Grad der sozialen Integration zu. Andere Studien deuten aber ebenfalls auf eine hohe soziale Integration der meisten Zuwanderer hin.

Abbildung 25: Waren Sie schon mal bei einer deutschen Familie zu Hause eingeladen? Darstellung ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.



Haug (2010: 5) kommt zu dem Befund, dass türkische Zuwanderer weniger familiäre Kontakte zu Deutschen haben als andere Zuwanderergruppen. Allerdings gibt es auch recht viele griechische und jugoslawische Zuwanderer, die keinerlei familiäre Kontakte zu Deutschen haben. Bezüglich der Kontakte am Arbeitsplatz, in der Schule und an der Universität identifiziert Haug (2010) zwei große Gruppen. Die eine Gruppe hat täglich Kontakt zu Deutschen an diesen Orten, die andere Gruppe hat keinerlei Kontakte. Hier scheinen die beiden Extreme – alles oder nichts – vorzuherrschen. Nachbarschaftliche Kontakte zu Deutschen sind laut Haug (2010) dagegen insgesamt sehr häufig und auch Kontakte zu deutschen Freunden sind weit verbreitet: „In allen Gruppen ist die Mehrfachintegration, d.h. freundschaftliche Kontakte sowohl zur Herkunftsgruppe als auch zu Deutschen, am häufigsten“ (Haug 2010: 6).

Pollack et al. (2016: 8) berichten für türkischstämmige Zuwanderer, dass 61 Prozent sehr viel Kontakt zu Menschen deutscher Herkunft haben. Zudem geben über die Hälfte der Türkischstämmigen an, sehr viel Kontakt zu Christen zu haben.

Auch Hans (2013) kommt in ihrer Analyse zu der Erkenntnis, dass sich die meisten Zuwanderer im Laufe der Zeit sozial integrieren: „Sie gehen im Laufe ihres Aufenthaltes mehr soziale Beziehungen zu Deutschen ein, sodass am Ende gemischtethnische Freundschaftsnetzwerke entstehen“ (Hans 2013: 13). Hans (2013: 13) streicht dabei aber im Gegensatz

zu Haug (2010) heraus, dass türkischstämmige Zuwanderer zwar ein niedrigeres Niveau der sozialen Integration aufweisen, also weniger soziale Beziehungen zu Deutschen eingehen. Allerdings könne das nicht auf geringere Investitionen seitens der Zuwanderer zurückgeführt werden. Der individuelle Verlauf des Integrationsprozesses sei unter türkischstämmigen Zuwanderern nicht langsamer als bei anderen Zuwanderergruppen. Das geringere Ausgangsniveau zum Zeitpunkt der Zuwanderung sei der Grund, weshalb die Anzahl der sozialen Kontakte zu Deutschen unter Türken niedriger sei.

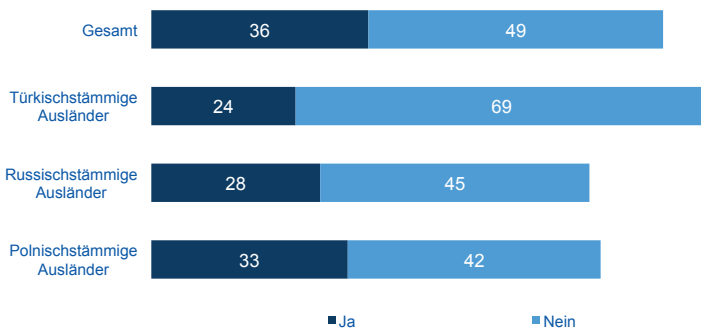
2.4 IDENTIFIKATIVE INTEGRATION

Als Indikator für die Identifikation mit Deutschland wurde unter anderem erhoben, ob die hier lebenden Ausländer die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben möchten. Insgesamt möchte ein gutes Drittel der Ausländer Deutscher werden. Sowohl unter Polen als auch unter Russen und Türken ist der Wunsch nach der deutschen Staatsangehörigkeit unterdurchschnittlich stark verbreitet. Offensichtlich gibt es andere Zuwanderungsgruppen, die einen stärkeren Wunsch verspüren, als diese drei. Unter diesen drei Herkunftsländern ist der Wunsch nach der deutschen Staatsangehörigkeit unter polnischstämmigen Ausländern noch am höchsten, gefolgt von russischstämmigen Ausländern. Ausländer, die aus der Türkei stammen, sind besonders zurückhaltend mit dem Wunsch nach der deutschen Staatsangehörigkeit. Das ist im Einklang mit den Ergebnissen von Pollack et al. (2016: 6), die berichten, dass nur etwa ein Drittel der türkischstämmigen Zuwanderer der Meinung sind, das Bemühen um die deutsche Staatsangehörigkeit sei eine Bedingung guter Integration.

Mit zunehmender Aufenthaltsdauer sinkt vor allem der Anteil der Unentschlossenen, die nicht wissen, ob sie deutscher Staatsbürger werden wollen. Unter den kürzlich Zugewanderten ist noch ein knappes Viertel unentschlossen. Mit längerem Aufenthalt in Deutschland sinkt dieser Anteil auf 9 Prozent. Gleichzeitig steigt der Anteil derjenigen, die nicht Deutscher werden wollen. 35 Prozent der kürzlich Zugewanderten wollen nicht Deutscher werden, während zwei Drittel derjenigen, die vor über 20 Jahren migriert sind, nicht die

deutsche Staatsbürgerschaft erlangen wollen. Das ist insofern nicht überraschend, als dass die meisten, die deutsche Staatsbürger werden möchten und lange genug in Deutschland sind, vermutlich auch schon eingebürgert wurden. Wer nach 20 Jahren in Deutschland noch keinen deutschen Pass hat, hat sich offenbar auch bewusst dagegen entschieden. Der Anteil derjenigen, die Deutscher werden wollen, bleibt über einen relativ langen Zeitraum konstant. Erst nach 20 Jahren nimmt der Wunsch nach einem deutschen Pass deutlich ab. Über 40 Prozent derjenigen, die vor weniger als 20 Jahren zugewandert sind, möchten Deutscher werden. Unter den Zuwanderern, die seit über 20 Jahren in Deutschland leben, möchten dagegen nur noch 22 Prozent die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben.

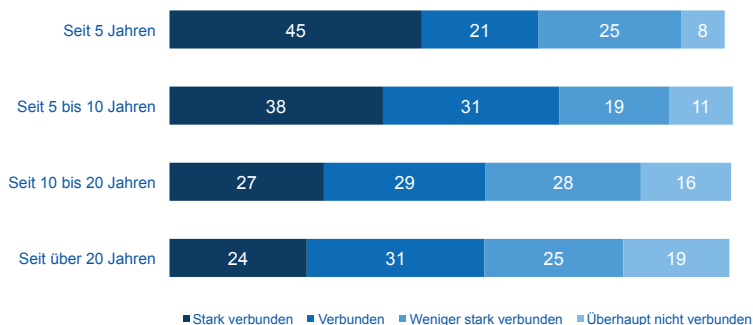
Abbildung 26: Möchten Sie die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben? Darstellung ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.



Neben dem Wunsch nach dem Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit wurden weitere Indikatoren der emotionalen Integration erhoben, zum Beispiel die Verbundenheit mit dem Herkunftsland bzw. dem Herkunftsland der Eltern. Dabei zeigt sich unter Ausländern eine deutlich stärkere Verbundenheit mit dem Herkunftsland als unter Migranten. Gut zwei Drittel der Ausländer fühlen sich mit ihrem Herkunftsland verbunden oder stark verbunden, während das 44 Prozent der Migranten angeben. Wenig überraschend sinkt die Verbundenheit mit dem Herkunftsland mit zunehmender Aufenthaltsdauer in Deutschland. Je länger ein Zuwanderer in Deutschland lebt, desto weniger fühlt er sich mit seinem Heimatland verbunden. Das könnte als Indiz für eine zunehmende Integration mit längerem Aufenthalt in Deutschland gewertet werden. Von den türkischstämmigen Zuwanderern fühlen sich etwa zwei Drittel mit Ihrem Her-

kunftsland verbunden. Pollack et al. (2016: 3) kommen dagegen zu höheren Verbundenheitswerten. In ihrer Umfrage geben 85 Prozent der Türkischstämmigen an, sich mit der Türkei eng oder sehr eng verbunden zu fühlen. Gleichzeitig fühlen sich aber auch 87 Prozent der Zuwanderer aus der Türkei mit Deutschland eng oder sehr eng verbunden.

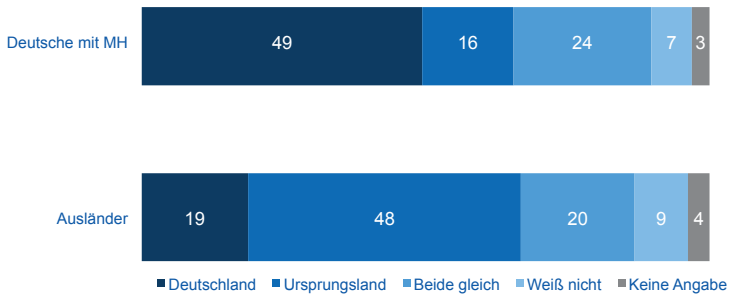
Abbildung 27: Wie stark fühlen Sie sich mit Ihrem Herkunftsland/dem Herkunftsland Ihrer Eltern verbunden? Darstellung nach Aufenthaltsdauer in Deutschland, ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.



Verbundenheit mit einem Land drückt sich auch häufig im sportlichen Bereich aus. Zu Fußballwelt- oder Europameisterschaften wurden in den Medien viele feiernde Fans mit deutschen und türkischen Fahnen gezeigt, die auf diese Art ihre Sympathie für beide Länder zum Ausdruck brachten. Doch wenn beide Länder, Deutschland und das Herkunftsland, gegeneinander antreten müssen, sieht es anders aus. Nur eine Minderheit der Zuwanderer würde in diesem Fall beiden Ländern gleichermaßen die Daumen drücken. Ein Viertel der Migranten und ein Fünftel der Ausländer gibt an, mit beiden Ländern mitzufiebern, wenn sie im Fußball gegeneinander spielen. Dagegen hält die Hälfte der Migranten zu Deutschland, während das nur für ein Fünftel der Ausländer gilt. Sie drücken am häufigsten ihrem Herkunftsland die Daumen.

Der Anteil derjenigen, die nur Deutschland die Daumen drücken würden, steigt mit zunehmender Aufenthaltsdauer. Gleichzeitig drücken Zuwanderer seltener ihrem Herkunftsland die Daumen, je länger sie in Deutschland leben.

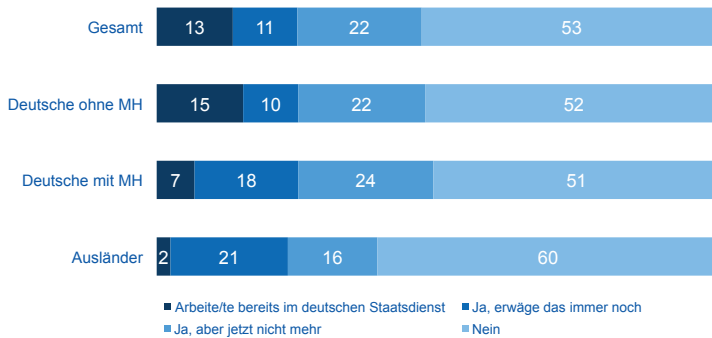
Abbildung 28: Stellen Sie sich vor, Deutschland würde im Fußball gegen Ihr Herkunftsland/das Herkunftsland Ihrer Eltern spielen: Wem würden Sie die Daumen drücken?



Auch die Überlegung, im deutschen Staatsdienst zu arbeiten, kann als emotionale Verbundenheit mit Deutschland gewertet werden. Ob jemand tatsächlich als Polizist, Richter oder Lehrer arbeitet, hängt von vielen Faktoren ab, nicht nur vom Wunsch danach. Dennoch kann der Wunsch als Identifikation mit dem Land, in dem man lebt, angesehen werden. Als Antwortkategorien gibt es die Möglichkeiten „Arbeite bereits im deutschen Staatsdienst“, „Ja, erwäge das immer noch“, „Ja, aber jetzt nicht mehr“, „Nein“. Wenn man Integration als Assimilation versteht, müssten die jeweiligen Anteile zwischen Deutschen und Zuwanderern zumindest ähnlich ausfallen, um von erfolgreicher identikativer Integration sprechen zu können. Und tatsächlich unterscheiden sich Deutsche und Migranten nur geringfügig. Der Anteil derjenigen, die im Staatsdienst tätig sind, ist unter Deutschen leicht höher, während etwas weniger Deutsche erwägen, im Staatsdienst zu arbeiten, als Migranten. Nahezu gleich viele Migranten wie Deutsche haben einmal überlegt, im Staatsdienst zu arbeiten, tun dies jetzt aber nicht mehr oder haben auch nie darüber nachgedacht. Ausländer sind dagegen bezogen auf diesen Indikator etwas schlechter integriert als Migranten, auch wenn der Unterschied nicht so ausgeprägt ist, wie man vermuten könnte. Insgesamt ist der Anteil der Ausländer, die im Staatsdienst arbeiten oder darüber nachdenken bzw. einmal darüber nachgedacht haben, etwas geringer als unter Deutschen und Migranten. Dagegen haben 60 Prozent der Ausländer bisher nicht darüber nachgedacht, im Staatsdienst tätig zu werden.

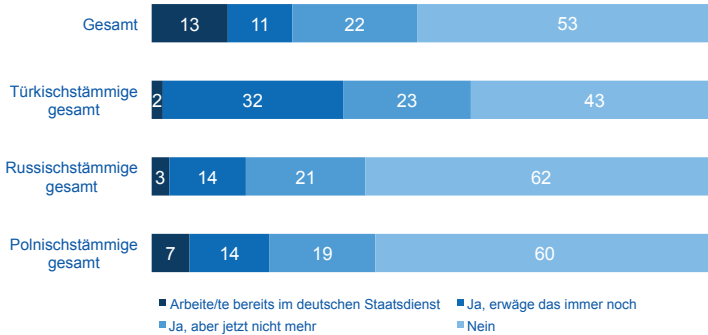
Die Aufenthaltsdauer hat einen eher geringen Einfluss auf den Wunsch, als Staatsdiener zu arbeiten. Der Anteil der Zuwanderer, die sich nie für den Staatsdienst interessiert haben, sinkt mit zunehmender Aufenthaltsdauer nur leicht von 65 auf 59 Prozent.

Abbildung 29: Haben Sie bereits ernsthaft darüber nachgedacht, im deutschen Staatsdienst zu arbeiten, z.B. als Polizist, bei der Bundeswehr, als Lehrer oder Richter? Darstellung ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.



Bei türkischstämmigen Zuwanderern ist der Staatsdienst nicht nur beliebter als bei russisch- und polnischstämmigen Zuwanderern, sondern auch als bei Deutschen. Lediglich 43 Prozent der Zuwanderer aus der Türkei haben noch nicht darüber nachgedacht, als Staatsdiener zu arbeiten. Fast jeder Dritte türkischstämmige Zuwanderer überlegt immer noch, im Staatsdienst tätig zu werden. Damit denken mehr als drei Mal so viele Türkischstämmige über den Staatsdienst nach wie autochthone Deutsche.

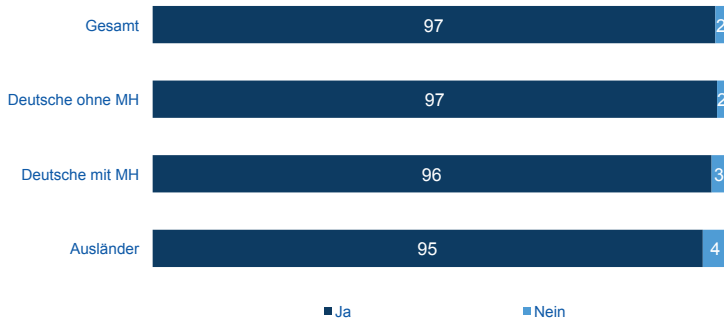
Abbildung 30: Haben Sie bereits ernsthaft darüber nachgedacht, im deutschen Staatsdienst zu arbeiten, z.B. als Polizist, bei der Bundeswehr, als Lehrer oder Richter? Darstellung nach Herkunftsland, ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.



Zudem wurde danach gefragt, ob die Menschen gerne hier leben. Die Ergebnisse unterscheiden sich nicht zwischen Deutschen, Migranten und Ausländern. In allen drei Gruppen geben über 90 Prozent der Befragten an, gerne in Deutschland zu leben. Das gilt genauso für Christen wie für Muslime, für türkischstämmige Zuwanderer wie für Zuwanderer aus Russland oder Polen. Zudem leben über 90 Prozent der Zuwanderer, die erst innerhalb der letzten fünf Jahre migriert sind, gerne hier und auch über 90 Prozent der Migranten und Ausländer, die schon seit über 20 Jahren in Deutschland leben. Damit fällt die identifikative Integration bei diesem Indikator unter allen Zuwanderern sehr hoch aus.

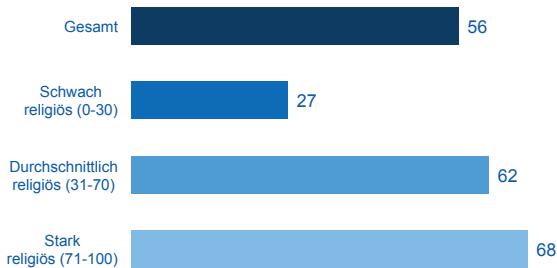
Zu sehr ähnlichen Ergebnissen kommen Pollack et al. (2016: 3). Von den befragten türkischstämmigen Zuwanderern geben ebenfalls 90 Prozent an, sich in Deutschland eher oder sehr wohl zu fühlen.

Abbildung 31: Leben Sie alles in allem gerne in Deutschland? Darstellung ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.



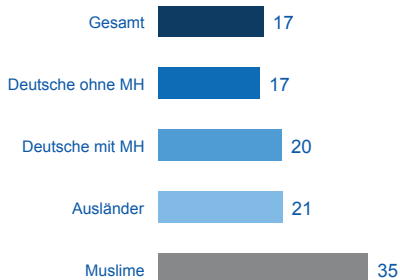
Die bisherigen Indikatoren zeigen eine recht gut ausgeprägte identifika-tive Integration. Dennoch finden wir auch Hinweise darauf, dass sich ein Teil der hier lebenden Muslime vor allem über ihre Religionszugehörigkeit identifiziert. Der Aussage „Die Mohammed-Karikaturen haben mich als Muslim beleidigt“ stimmt über die Hälfte der Muslime zu. Hier scheint es eine hohe emotionale Betroffenheit zu geben, die umso höher ist, je religiöser ein Befragter ist. Unter schwach religiösen Muslimen fühlt sich nur knapp ein Viertel beleidigt, während das für etwa zwei Drittel der stark religiösen Muslime gilt.

Abbildung 32: Zustimmung zur Aussage „Die Mohammed-Karikaturen haben mich als Muslim beleidigt“ (stimme völlig zu/stimme eher zu); Darstellung nach Religiosität, ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.



Neben der Identifikation über die Religionszugehörigkeit zeigen die Ergebnisse eine gewisse Gruppensolidarität unter einigen Muslimen. Im Zuge dieser Solidarität wird von einer Minderheit eine bewusste Benachteiligung der islamischen Welt unterstellt. Der Aussage „Der Westen verhindert eine wirtschaftliche Entwicklung der islamischen Welt“ stimmen nur 17 Prozent der Deutschen, jeder fünfte Migrant und jeder fünfte Ausländer zu. Gleichzeitig glaubt dies aber gut jeder dritte Muslim. Allerdings gibt auch jeder fünfte Muslim an, diese Aussage nicht beurteilen zu können. Dennoch zeigt eine große Minderheit der Muslime ein kollektives Viktimisierungsgefühl. Das Gefühl, ein Opfer des Westens zu sein, steigt mit zunehmender Religiosität. Jeder zweite stark religiöse Muslim meint, der Westen verhindere die wirtschaftliche Entwicklung der islamischen Welt.

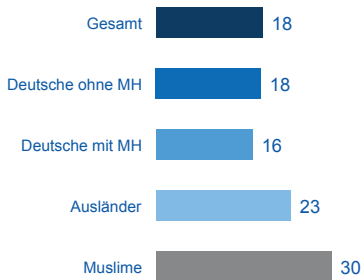
Abbildung 33: Zustimmung zur Aussage „Der Westen verhindert eine wirtschaftliche Entwicklung der islamischen Welt“ (stimme völlig zu/ stimme eher zu); Darstellung ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.



Diese wahrgenommene Opferrolle zeigt sich auch bei der Aussage „Die Ereignisse in Palästina sind typisch für den Umgang mit allen Muslimen weltweit“. Dieser Aussage stimmen lediglich 18 Prozent der Deutschen, 16 Prozent der Migranten und 23 Prozent der Ausländer, aber ganze 30 Prozent der Muslime zu. Auch hier äußert sich bei einem Teil der Muslime eine Gruppensolidarität. Diese ist umso höher, je religiöser ein Befragter ist. Nur 12 Prozent der schwach religiösen Muslime halten die Ereignisse in Palästina für typisch, während das für 38 Prozent der stark religiösen Muslime gilt. Erneut können jedoch auch 18 Prozent der Muslime diese Aussage nicht beurteilen, sodass man wohl von unterschiedlichen Gruppen innerhalb der Muslime sprechen muss. Die einen identifizieren sich

über ihre Religion und solidarisieren sich mit der Gruppe der Muslime als Ganzes, während die anderen eher indifferent sind und sich kein Urteil über den Islam, den Koran oder eine mögliche Viktimisierung der Muslime zutrauen. Daneben gibt es noch diejenigen, die sich ein Urteil zutrauen, die Opferrolle jedoch ablehnen und eher eine Anpassung des Islam an die moderne Welt befürworten (siehe Kapitel 2.1).

Abbildung 34: Zustimmung zur Aussage „Die Ereignisse in Palästina sind typisch für den Umgang mit allen Muslimen weltweit“ (stimme völlig zu/stimme eher zu); Darstellung ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.

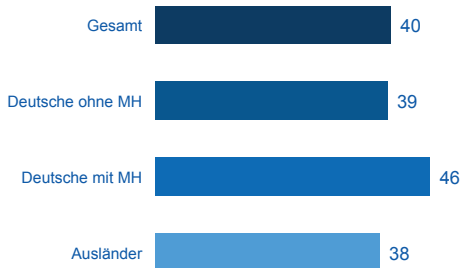


Zu etwas eindeutigeren Befunden für türkischstämmige Zuwanderer gelangen Pollack et al. (2016: 17), die vom „Islam als angegriffene[r] Religion“ sprechen. In ihrer Untersuchung macht es 83 Prozent der Türkischstämmigen wütend, wenn nach einem Terroranschlag als Erstes die Muslime verdächtigt werden. Zugleich befürworten 73 Prozent der Zuwanderer aus der Türkei ein Verbot von Büchern und Filmen, die Religionen angreifen und die Gefühle tief religiöser Menschen verletzen. Auf der anderen Seite stellt aber auch diese Untersuchung fest, dass eine Mehrheit von 61 Prozent die Auffassung vertritt, der Islam passe in die westliche Welt.

Eine solche Gruppensolidarität zeigt sich nicht nur bei Muslimen, sondern auch bei russischstämmigen Zuwanderern und (Spät-)Aussiedlern. Der Aussage „Der Westen versucht bei internationalen Konflikten, Russland allein als Schuldigen dastehen zu lassen“ stimmen 39 Prozent der Deutschen und etwa genauso viele Ausländer zu. Unter Migranten liegt die Zustimmung schon bei 46 Prozent. Unter russischstämmigen Zuwande-

ren und (Spät-)Aussiedlern vertritt mehr als jeder Zweite die Meinung, Russland würde einseitig die Schuld zugeschoben. Obwohl russischstämmige Zuwanderer und (Spät-)Aussiedler (vermutlich gute) Gründe hatten, ihr Land zu verlassen und nach Deutschland zu kommen, solidarisieren sie sich mit Russland. Diese Solidarität kann durch aktuelle Vorfälle aktiviert werden, was sich wiederum auf die politischen Einstellungen und eventuell das politische Verhalten dieser Zuwanderergruppe auswirken kann.

Abbildung 35: Zustimmung zur Aussage „Der Westen versucht bei internationalen Konflikten, Russland allein als Schuldigen dastehen zu lassen“ (stimme völlig zu/stimme eher zu); Darstellung ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.



Insgesamt kann von einer recht hohen identikativen Integration gesprochen werden. Der Wunsch nach der deutschen Staatsangehörigkeit ist zwar nicht so hoch ausgeprägt, besonders unter Türken und Russen, allerdings betrifft dieser Indikator eben auch nur Zuwanderer, die noch nicht eingebürgert wurden. Entsprechend fühlen sich Ausländer ihrem Heimatland auch noch stärker verbunden als Migranten. Mit zunehmender Aufenthaltsdauer sinkt allerdings die Verbundenheit mit dem Herkunftsland. Das deutet auf einen Integrationsprozess hin, der im Laufe der Zeit stattfindet. In dieselbe Richtung weisen die Ergebnisse zu unserer „Fußball-Frage“. Würde im Fußball Deutschland gegen das jeweilige Herkunftsland spielen, würden mehr Migranten als Ausländer für Deutschland die Daumen drücken. Auch hier steigt der Anteil derjenigen, die zu Deutschland halten würden, mit zunehmender Aufenthaltsdauer. Beim Wunsch, im deutschen Staatsdienst zu arbeiten, zeigt sich eine recht gute identifikative Integration. Es gibt nur geringe Unterschiede zwischen Deutschen, Migranten und Ausländern. Lediglich Ausländer denken etwas seltener

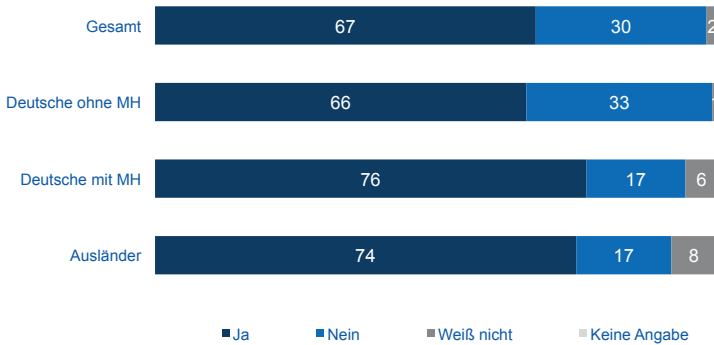
darüber nach, als Staatsdiener zu arbeiten. Bei türkischstämmigen Zuwanderern erfreut sich der deutsche Staatsdienst dagegen besonderer Beliebtheit. Zudem lebt eine überwältigende Mehrheit sowohl der Deutschen als auch der Zuwanderer gerne in Deutschland. Das ändert sich auch nicht mit zunehmender Aufenthaltsdauer. Wer nach Deutschland kommt, tut das offensichtlich gerne, und auch wer bleibt, tut dies, weil er sich hier wohlfühlt und gerne hier lebt. Neben der hohen Identifikation mit Deutschland gibt es bei manchen Muslimen sowie russischstämmigen Zuwanderern und (Spät-)Aussiedlern gewissermaßen eine zweite Identität – bei den einen über die Konfession, bei den anderen über das Herkunftsland – die durch aktuelle Ereignisse, wie z.B. Karikaturen oder Konflikte mit russischer Beteiligung, aktiviert werden kann.

3. LEBEN IN DEUTSCHLAND

Neben den verschiedenen Dimensionen der Integration werden einige allgemeine Fragen zum Leben in Deutschland gestellt. Unter anderem wird gefragt, ob in Deutschland jeder die Möglichkeit hat, sich nach seiner Begabung und seinen Fähigkeiten zu entwickeln. Das bejahen zwei Drittel der Deutschen und jeweils drei Viertel der Migranten und Ausländer. Zuwanderer haben folglich bezogen auf die wahrgenommenen Entwicklungsmöglichkeiten ein positiveres Bild von Deutschland als Deutsche.

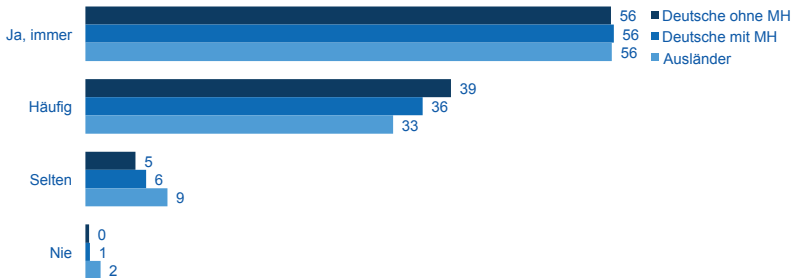
Dabei variiert diese Einschätzung nicht systematisch mit der Aufenthaltsdauer. Zwar ist die Zustimmung unter kürzlich Zugezogenen mit 70 Prozent etwas geringer, allerdings weisen Befragte, die vor fünf bis zehn Jahren nach Deutschland gewandert sind, mit 83 Prozent die höchste Zustimmung auf. Anschließend sinkt die Zustimmung wieder leicht. Unter Zuwanderern, die seit über 20 Jahren in Deutschland leben, findet sich eine durchschnittliche Zustimmung. Drei Viertel der Befragten aus dieser Gruppe meinen, in Deutschland habe jeder die Möglichkeit, sich entsprechend seiner Fähigkeiten zu entwickeln.

Abbildung 36: Was meinen Sie: Hat in Deutschland heute jeder die Möglichkeit, sich nach seiner Begabung und seinen Fähigkeiten zu entwickeln?



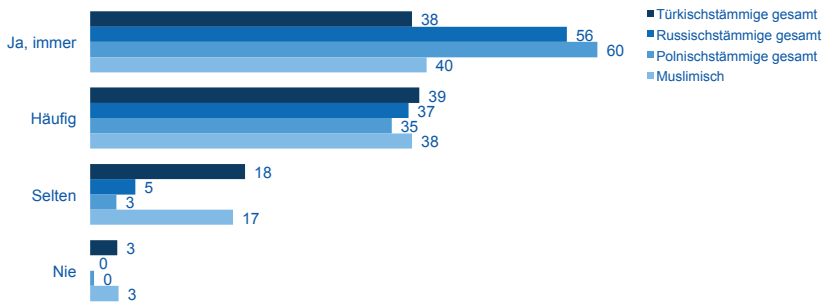
Für viele Zuwanderer ist Respekt eine ganz entscheidende Kategorie. Eine qualitative Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung kam zu der Erkenntnis, dass Muslime starken Wert darauf legen, dass ihnen Respekt entgegengebracht wird (Neu 2011). Über die Hälfte der Deutschen, Migranten und Ausländer fühlt sich in Deutschland immer mit Respekt behandelt. Zusätzlich fühlt sich etwa ein Drittel häufig mit Respekt behandelt. Insgesamt sind also etwa 90 Prozent der Befragten der Ansicht, dass ihnen immer oder häufig mit Respekt begegnet wird. Lediglich eine kleine Minderheit meint, ihr würde selten oder nie Respekt entgegengebracht.

Abbildung 37: Fühlen Sie sich in Deutschland mit Respekt behandelt? Darstellung ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.



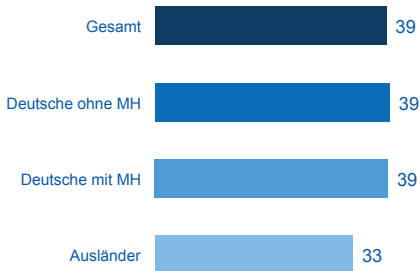
Im Vergleich der Herkunftsgruppen fallen die türkischstämmigen Zuwanderer auf. Sie fühlen sich unterdurchschnittlich oft mit Respekt behandelt. Zwar fühlen sich immer noch etwa 80 Prozent der Zuwanderer aus der Türkei immer oder häufig mit Respekt behandelt, aber immerhin ein Fünftel ist der Ansicht, dass ihnen selten oder nie Respekt entgegengebracht wird. Da ein Großteil der in Deutschland lebenden Muslime aus der Türkei stammt, fallen die Werte für Muslime sehr ähnlich aus. Zuwanderer aus Russland und Polen unterscheiden sich dagegen nicht von Deutschen ohne Migrationshintergrund.

Abbildung 38: Fühlen Sie sich in Deutschland mit Respekt behandelt? Darstellung nach Herkunftsland und Religion, ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.



Bei der Aussage „Wenn man nicht aussieht wie ein Deutscher, wird man hier komisch angeschaut“ herrscht eine erstaunlich einheitliche Wahrnehmung. Je 39 Prozent der Deutschen und der Migranten sowie jeder dritte Ausländer stimmen dem zu. Offenbar nehmen nicht nur Zuwanderer eine gewisse Diskriminierung wahr, sondern auch die Deutschen selber. Besonders hoch sind die Zustimmungswerte der türkischstämmigen Zuwanderer. 45 Prozent der Zuwanderer aus der Türkei meinen, man werde in Deutschland komisch angesehen, wenn man nicht „wie ein Deutscher“ aussieht. Unter Russischstämmigen (27 Prozent) und Polnischstämmigen (34 Prozent) stimmen deutlich weniger Befragte zu. Muslime weisen mit 42 Prozent erneut eine sehr ähnliche Zustimmungsrate auf wie türkischstämmige Zuwanderer. Zusätzlich steigt bei Muslimen die Diskriminierungswahrnehmung mit zunehmender Religiosität. Je religiöser sich ein befragter Muslim einstuft, desto häufiger ist er der Auffassung, dass man komisch angeschaut werde, wenn man nicht aussieht wie ein Deutscher.

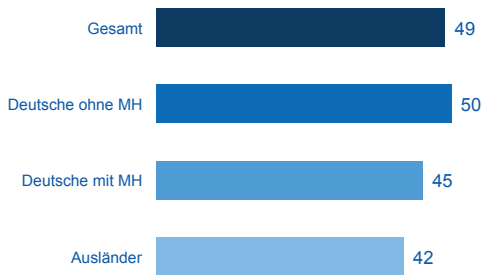
Abbildung 39: Zustimmung zur Aussage „Wenn man nicht aussieht wie ein Deutscher, wird man hier komisch angeschaut“ (stimme völlig zu/ stimme eher zu); Darstellung ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.



Die Studie von Pollack et al. (2016: 7) berichtet noch stärkere Diskriminierungserfahrungen von türkischstämmigen Zuwanderern. Etwa die Hälfte gibt an, sich als Bürger 2. Klasse zu fühlen. Ebenfalls etwa jeder zweite Türkischstämmige meint, er werde nie als Teil der Deutschen Gesellschaft anerkannt, egal wie sehr er sich anstrengt. Paradoxiertweise bezeichnet sich aber nur ein Viertel der Befragten explizit als diskriminiert.

Im ersten Quartal 2015, dem Zeitraum der Befragung, meint die Hälfte der Deutschen, der Islam gehöre zu Deutschland. Unter Migranten und Ausländern fällt die Zustimmung nur geringfügig niedriger aus. Türkischstämmige Zuwanderer sowie Muslime vertreten besonders häufig die Meinung, der Islam gehöre zu Deutschland. Fast zwei Drittel der Zuwanderer aus der Türkei und der Muslime stimmt dieser Aussage zu. Unter Zuwanderern aus Russland und aus Polen ist die Zustimmung dagegen unterdurchschnittlich ausgeprägt. Nur gut jeder Vierte russischstämmige oder polnischstämmige Zuwanderer sieht den Islam als zu Deutschland gehörend an. Eine gewisse Skepsis gegenüber dem Islam macht sich also weniger in der deutschen Bevölkerung bemerkbar als vielmehr unter Zuwanderern aus Russland und Polen (für andere Zuwanderergruppen aus Osteuropa können aufgrund der zu geringen Fallzahl keine separaten Analysen durchgeführt werden).

Abbildung 40: Zustimmung zur Aussage „Der Islam gehört zu Deutschland“ (stimme völlig zu/stimme eher zu); Darstellung ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.



4. WAHLVERHALTEN

Wählen dürfen in Deutschland nur deutsche Staatsbürger¹. Dennoch haben wir in dieser Studie alle Befragten, auch Ausländer, nach ihrer Wahlabsicht gefragt, wenn Bundestagswahl wäre und sie wahlberechtigt wären. Die Erhebung wurde im ersten Quartal 2015 durchgeführt, sodass die Daten nicht mit aktuellen Umfragen zur sogenannten Sonntagsfrage vergleichbar sind. Im Folgenden können nur Aussagen über Wahlberechtigte² bzw. über das potenzielle Wahlverhalten von Ausländern gemacht werden. Aussagen über tatsächliche Wähler sind nicht möglich, da die tatsächliche Wahlbeteiligung unbekannt ist. Für Migranten ist aber von einer geringeren Wahlbeteiligung auszugehen.

Bei den befragten Ausländern fällt vor allem der hohe Anteil an „weiß nicht“-Antworten auf. 39 Prozent der Ausländer wissen nicht, wen sie wählen würden, wenn sie denn wählen dürften. Offensichtlich haben sich viele noch nicht mit dieser Frage befasst, da sie nicht wahlberechtigt sind. Aber auch unter den Deutschen und Migranten ist der Anteil der „weiß nicht“-Antworten nicht gering. 16 Prozent der Deutschen und 19 Prozent der Migranten können keine Partei nennen. Hinzu kommen noch je 8 Prozent der Deutschen und der Migranten sowie 6 Prozent der Ausländer, die angeben, nicht zur Wahl zu gehen, selbst wenn sie wahlberechtigt wären. Wenn man dazu noch diejenigen addiert, die ungültig wählen würden oder keine Angabe machen, äußern 31 Prozent der Deutschen, 33 Prozent der Migranten und 48 Prozent der Ausländer keine Wahlabsicht. Etwa jeder dritte Deutsche mit und

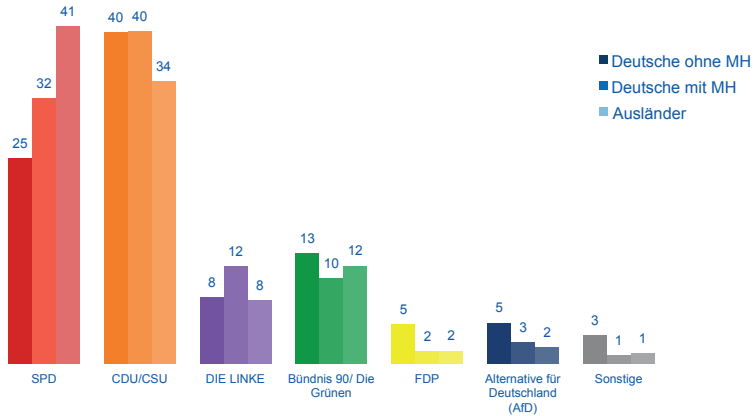
ohne Migrationshintergrund und fast jeder zweite Ausländer gibt damit bei der Sonntagsfrage keine Partei an. Deutsche und Migranten unterscheiden sich diesbezüglich nicht voneinander, während es sein könnte, dass die fehlende Wahlberechtigung Ausländer davon abhält, sich näher mit dem deutschen Parteiensystem zu befassen.

Allerdings nimmt der Anteil der Zuwanderer der ersten Generation, die mit „weiß nicht“ antworten, mit zunehmender Aufenthaltsdauer deutlich ab. Von den vor weniger als fünf Jahren Zugewanderten weiß mehr als die Hälfte keine Antwort auf die Frage nach der Wahlabsicht, unter den vor über 20 Jahren Migrierten ist es nur noch gut ein Fünftel. Da sich der Anteil derjenigen, die nicht zur Wahl gehen oder ungültig wählen würden, nicht nennenswert erhöht, scheinen Zuwanderer dem deutschen Parteiensystem umso näher zu stehen, je länger sie in Deutschland leben. Auch das deutet auf einen fortschreitenden Integrationsprozess hin.

Die folgenden Zahlen zur Wahlabsicht, zu den Stimmenanteilen und den Potenzialen der Parteien beziehen sich immer auf Befragte, die eine Wahlabsicht angegeben haben. Befragte, die keine Wahlabsicht genannt haben, werden im Folgenden nicht berücksichtigt.

Zum Zeitpunkt dieser Umfrage im ersten Quartal 2015 liegt die Union bei wahlberechtigten Befragten mit und ohne Migrationshintergrund mit jeweils 40 Prozent deutlich vor der SPD. Ausländer würden CDU/CSU etwas seltener wählen als Deutsche und Migranten. Bei Ausländern liegt hingegen die SPD mit 41 Prozent vorn. Migranten tendieren auch etwas stärker zur SPD als Deutsche ohne Migrationshintergrund, bevorzugen aber insgesamt trotzdem CDU/CSU. Bei allen anderen Parteien unterscheiden sich die Stimmenanteile nur um weniger als 5 Prozentpunkte zwischen den Gruppen. Insgesamt ist das Wahlverhalten vor allem von Deutschen und Migranten erstaunlich ähnlich.

Abbildung 41: Wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre (und Sie wahlberechtigt wären), welche Partei würden Sie dann wählen? (Zweitstimme); Darstellung ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.



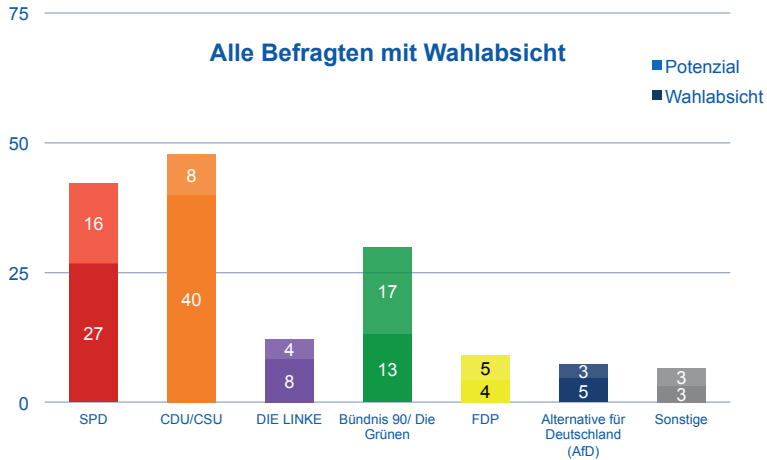
Die SPD schneidet neben den Ausländern auch bei Muslimen überdurchschnittlich ab. Jeder zweite Muslim mit Wahlabsicht würde SPD wählen. Gleiches gilt für türkischstämmige Migranten. Auch sie würden sich zur Hälfte für die SPD entscheiden. CDU/CSU hingegen sind besonders stark bei Katholiken. Gleichzeitig würde über die Hälfte der (Spät-)Aussiedler sowie der russisch- und polnischstämmigen Migranten für CDU/CSU stimmen. Die Linke und die Grünen können ihre besten Werte unter Konfessionslosen erzielen. Zusätzlich erzielt die Linke leicht überdurchschnittliche Anteile unter (Spät-)Aussiedlern und Migranten aus der Türkei und Russland. Die Grünen schneiden unter türkischstämmigen Migranten leicht überdurchschnittlich ab.

Neben der Wahlabsicht besitzen die Parteien ein erweitertes Potenzial, also Wähler, die eine Partei angeben, sich aber auch vorstellen könnten, eine andere Partei zu wählen. Unter allen Befragten, die eine Wahlabsicht angeben, weist die SPD ein Potenzial von 16 Prozent auf. Zusammen mit den 27 Prozent, die die SPD als Wahlabsicht angeben, könnte die SPD theoretisch auf 43 Prozent kommen. Parteien schöpfen ihr Potenzial jedoch in aller Regel nicht voll aus. Gerade die Volksparteien haben meist hohe Potenziale, da sie für viele Wählergruppen wählbar

sind. Alle Potenziale zusammen addieren sich jedoch auf weit über 100 Prozent, sodass es auch nicht möglich ist, diese Potenziale alle voll auszus schöpfen. Die CDU und CSU sind in dieser Umfrage jedoch nah daran. Durch ihren Wahlabsichtsanteil von 40 Prozent, schöpfen sie ihr Potenzial schon sehr gut aus, sodass „nur“ noch ein Potenzial von 8 Prozent hinzukommt. Insgesamt könnte die Union theoretisch also 48 Prozent erzielen. Damit schöpft sie ihr Potenzial weit besser aus als die SPD. Die Grünen haben ebenfalls ein recht hohes Potenzial, das sie verhältnismäßig schlecht mobilisieren. 17 Prozent, die eine andere Partei angeben, könnten sich auch vorstellen, die Grünen zu wählen. Tatsächlich geben aber nur 13 Prozent an, die Grünen wählen zu wollen. Damit ist das Potenzial der Grünen größer als der Anteil, den sie tatsächlich mobilisieren können. Alle anderen Parteien haben ein Potenzial von weiteren 3 bis 5 Prozent. Das mag zwar nach wenig klingen, kann für die kleineren Parteien aber entscheidend sein für den Einzug in den Bundestag. Die FDP würde nach diesen Daten mit 4 Prozent nicht in den Bundestag einziehen, könnte aber versuchen und darauf hoffen, zumindest einen Teil ihres zusätzlichen Fünf-Prozent-Potenzials zu mobilisieren, um den Einzug doch zu schaffen.

Beim Potenzial zeigt sich die große Flexibilität der Wähler. Für die meisten Wähler kommen zwei oder mehr Parteien infrage, zwischen denen sie zum Teil von Wahl zu Wahl wechseln. Es gilt also für die Parteien, bei jeder Wahl aufs Neue so viel Potenzial wie möglich für sich zu gewinnen, denn die Zahl der sogenannten Stammwähler, die treu „ihre“ Partei wählen, nimmt immer mehr ab.

Abbildung 42: Wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre (und Sie wahlberechtigt wären), welche Partei würden Sie dann wählen? (Wahlabsicht). Und könnten Sie sich vorstellen, gegebenenfalls auch eine andere Partei zu wählen? Wenn ja, welche? (Potenzial); Darstellung ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.



Bei Deutschen mit Migrationshintergrund fällt vor allem auf, dass das Potenzial von CDU und CSU mit 14 Prozent höher ist als unter Deutschen. Gleichzeitig liegt der Anteil der Wahlabsicht unter Migranten auch bei 40 Prozent, sodass die Union rein theoretisch bei Migranten Stimmenanteile von bis zu 54 Prozent erzielen könnte. Aber auch die SPD hat neben der Wahlabsicht von 32 Prozent ein Potenzial von 19 Prozent und kommt damit bei Migranten auf einen theoretischen maximalen Stimmenanteil von 51 Prozent. Die Grünen dagegen könnten maximal 25 Prozent der Migranten für sich begeistern (im Gegensatz zu 32 Prozent der Deutschen).

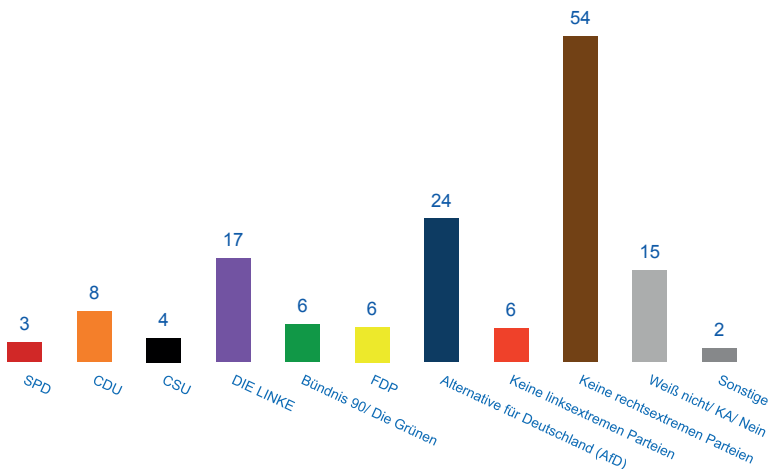
Bei Ausländern würde sich der Stimmenanteil von 41 Prozent für die SPD noch einmal um 14 Prozentpunkte auf maximal 55 Prozent erhöhen, wenn Ausländer wahlberechtigt wären. Die Union käme bei Ausländern mit einem Potenzial von 12 Prozent zusätzlich zur Wahlabsicht von 34 Prozent theoretisch auf maximal 46 Prozent. Die Grünen sind bei Ausländern etwas beliebter als bei Migranten. Zwar geben nur 12 Prozent der Ausländer an, die Grünen wählen zu wollen, wenn sie wahlberechtigt

wären. Aber weitere 20 Prozent können sich auch vorstellen, die Grünen zu wählen. Das ergibt einen maximalen theoretischen Stimmenanteil von 32 Prozent wie bei Deutschen ohne Migrationshintergrund.

Neben der (potenziellen) Wahlabsicht wurde auch gefragt, ob es eine Partei gibt, die die Befragten auf keinen Fall wählen würden. Über die Hälfte aller Befragten würde keine rechtsextreme Partei wählen. Zusätzlich sagt etwa ein Viertel der Befragten, sie würden die AfD auf keinen Fall wählen. Dagegen geben nur 6 Prozent an, auf keinen Fall eine links-extreme Partei wählen zu wollen. Weitere 17 Prozent würden allerdings auf keinen Fall die Partei Die Linke wählen. Alle anderen Parteien erhalten Nennungen im einstelligen Prozentbereich.

Unter Migranten und Ausländern ist der Anteil derjenigen, die keine rechtsextreme Partei wählen würden, geringer als unter Deutschen. Allerdings geben wieder überdurchschnittlich viele Migranten und Ausländer an, nicht zu wissen, welche Partei sie unter keinen Umständen wählen würden, oder dass es keine Partei gebe, die sie nie wählen würden.

Abbildung 43: Gibt es eine Partei, die Sie auf keinen Fall wählen würden? Wenn ja, welche? (Mehrfachnennungen); Darstellung ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.



- 1| *Das gilt natürlich nicht für Kommunal- und Europawahlen, bei denen auch andere EU-Bürger wahlberechtigt sind.*
- 2| *1,4 Prozent der Wahlberechtigten sind türkischstämmige Migranten, weitere 1,4 Prozent russischstämmige Migranten und 1,3 Prozent der Wahlberechtigten haben einen polnischen Migrationshintergrund.*

5. PARTEIEN

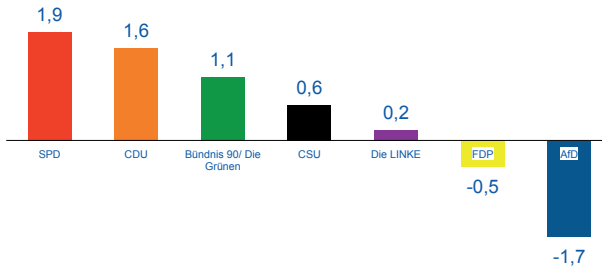
Das Wahlverhalten wird von verschiedenen Faktoren bestimmt. Zwar nimmt der Einfluss der Kandidaten zu, dennoch spielen die Parteien, und wie sie wahrgenommen werden, natürlich eine große Rolle. Bei der Parteisympathie liegen SPD und CDU unter Deutschen gleichauf. Auf einer Skala von -5 bis +5 werden beide Volksparteien mit 1,5 bewertet. Ebenfalls im positiven Bereich liegen die Grünen und die CSU, wenn auch deutlich hinter SPD und CDU. Die Linke, die FDP und die AfD werden dagegen insgesamt negativ bewertet. Die AfD erreicht sogar nur einen Sympathiewert von -2,4.

Abbildung 44: Parteisympathie von Deutschen ohne Migrationshintergrund: Was halten Sie so ganz allgemein von den einzelnen Parteien? Skala von +5 bis -5; Darstellung ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.



Bei Migranten liegt die SPD dagegen knapp vor der CDU, der wiederum die Grünen folgen. Unter Migranten kann die CSU mit 0,6 bessere Sympathiewerte erzielen als unter Deutschen. Auch die Linke schneidet besser ab und liegt im positiven Sympathiebereich, während FDP und AfD insgesamt negativ von Migranten bewertet werden. Allerdings schneiden auch sie bei Migranten besser ab als bei Deutschen. Migranten scheinen von allen Parteien ein etwas besseres Bild zu haben als Deutsche¹. Gleichzeitig sieht sich aber auch eine überdurchschnittliche Zahl der Migranten nicht in der Lage, die Parteien zu bewerten. Je nach Partei geben zwischen 17 (CDU) und 38 Prozent (AfD) der Migranten an, die Partei nicht zu kennen bzw. nicht beurteilen zu können, keine Antwort zu wissen oder keine Angabe machen zu wollen.

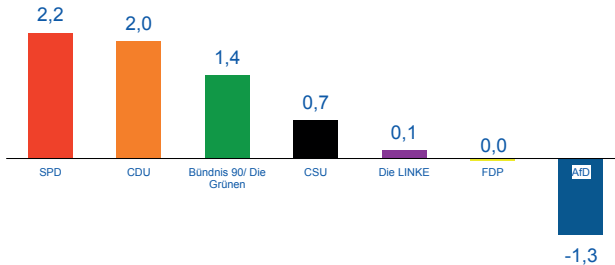
Abbildung 45: Parteiensympathie von Deutschen mit Migrationshintergrund: Was halten Sie so ganz allgemein von den einzelnen Parteien? Skala von +5 bis -5; Darstellung ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.



Noch besser schneiden nahezu alle Parteien bei Ausländern ab. Außer der AfD erzielen alle Parteien bei Ausländern positive oder zumindest neutrale Sympathiewerte. Die SPD wird mit 2,2 am besten bewertet und liegt knapp vor der CDU mit 2,0. Erneut befinden sich die Grünen an dritter Stelle. Mit 1,4 erzielen sie bei Ausländern einen deutlich höheren Wert als bei Deutschen (0,7). Gefolgt werden die Grünen von der CSU und der Linken, die von Ausländern sehr ähnlich bewertet wird wie von Migranten. Die FDP wird anders als von Deutschen und Migranten nicht negativ bewertet, sondern erzielt einen durchschnittlichen Sympathiewert von 0. Die AfD liegt zwar erneut im negativen Sympathiebereich, wird mit -1,3 aber besser bewertet als von Deutschen oder Migranten. Allerdings ist unter Ausländern der Anteil an Befragten, die die Parteien

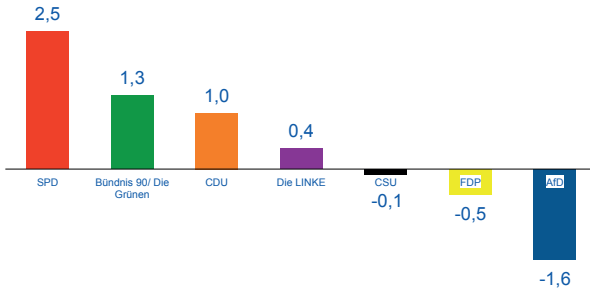
nicht bewerten können, noch höher als unter Migranten. Zwischen 38 (CDU) und 60 Prozent (AfD) der Ausländer geben keine Bewertung der Parteien ab.

Abbildung 46: Parteiensympathie von Ausländern: Was halten Sie so ganz allgemein von den einzelnen Parteien? Skala von +5 bis -5; Darstellung ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.



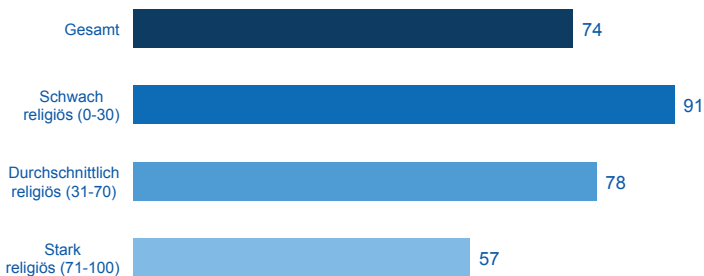
Bisher zeigt sich bei Deutschen, Migranten und Ausländern lediglich ein Niveau-Unterschied der Parteien. Fast alle Parteien werden von Deutschen am schlechtesten bewertet und von Ausländern am besten. Die Rangfolge der Parteien ist jedoch überraschend einheitlich. Bei Deutschen liegen SPD und CDU gleichauf, bei Migranten und Ausländern liegt die SPD knapp vor der CDU. Ansonsten gibt es keine Unterschiede in der Rangfolge. Bei Muslimen hingegen hat sich die Rangfolge in der Bewertung der Parteien leicht verschoben. Von Muslimen wird zwar erneut die SPD am besten bewertet, ihr folgt aber nicht mehr die CDU, sondern stattdessen folgen die Grünen. Die CDU liegt mit 1,0 bei Muslimen hinter den Grünen (1,3). Zudem findet sich auf Rang vier nicht die CSU, sondern die Linke mit einem Wert von 0,4. Dann erst folgt die CSU. Sie wird mit -0,1 im Durchschnitt von Muslimen knapp negativ bewertet. Deutlich im negativen Bereich befinden sich wieder die Sympathiewerte von FDP und AfD, wobei letztere mit Abstand am schlechtesten bewertet wird.

Abbildung 47: Parteiensympathie von Muslimen: Was halten Sie so ganz allgemein von den einzelnen Parteien? Skala von +5 bis -5; Darstellung ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.



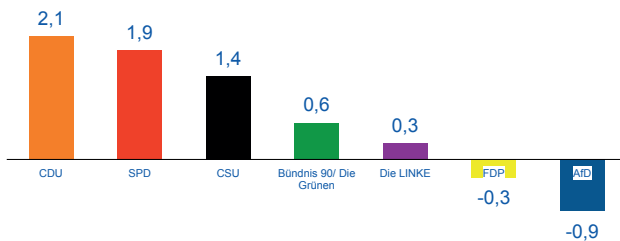
CDU und CSU erreichen zwar etwas schlechtere Sympathiewerte unter Muslimen, eine grundsätzliche Abneigung gegenüber einer christlichen Partei lässt sich aber nicht feststellen. Insgesamt können sich drei Viertel der befragten Muslime vorstellen, eine christlich geprägte Partei zu wählen. Der Anteil ist umso höher, je weniger religiös ein Befragter ist (für die Anteile der schwach, durchschnittlich oder stark religiösen Muslime siehe Kapitel 2.1). Aber selbst unter stark religiösen Muslimen kann sich über die Hälfte vorstellen, eine christlich geprägte Partei zu wählen.

Abbildung 48: Zustimmung zur Aussage „Ich als Muslim kann mir vorstellen, eine christlich geprägte Partei zu wählen“ (stimme völlig zu/stimme eher zu); Darstellung nach Religiosität, ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.



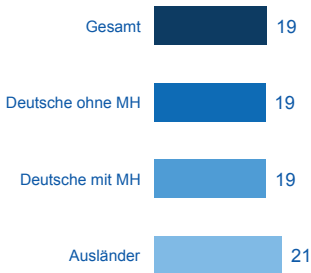
Im Gegensatz zu Muslimen bewerten (Spät-)Aussiedler die CDU überdurchschnittlich gut. Mit einem Wert von 2,1 liegt sie vor der SPD. Auf Platz drei folgt bei (Spät-)Aussiedlern die CSU, die in keiner anderen Gruppe einen so guten Wert erzielen kann wie unter (Spät-)Aussiedlern. Die Grünen sind in dieser Gruppe weniger beliebt als bei Muslimen und liegen auf dem vierten Platz gefolgt von der Linken, FDP und AfD. FDP und AfD werden auch von (Spät-)Aussiedlern negativ bewertet, die AfD erzielt aber einen deutlich besseren Wert als in den anderen Gruppen. Den besten Wert erzielt die AfD im Gruppenvergleich unter russischstämmigen Zuwanderern, von denen sie mit -0,3 nur knapp negativ bewertet wird.

Abbildung 49: Parteiensympathie von (Spät-)Aussiedlern: Was halten Sie so ganz allgemein von den einzelnen Parteien? Skala von +5 bis -5; Darstellung ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.



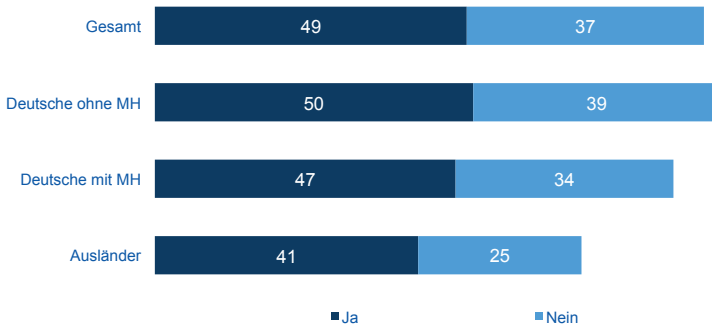
Die bisherige Analyse zeigt, dass Migranten und Ausländer die deutschen Parteien im Schnitt etwas besser bewerten als Deutsche. Entsprechend stimmt auch lediglich eine Minderheit der Aussage zu, keine Partei vertrete die Interessen der Migranten. Etwa ein Fünftel der Deutschen, Migranten und Ausländer stimmt dem zu. Die überwiegende Mehrheit ist dagegen der Meinung, dass es durchaus Parteien gibt, die die Interessen der Migranten vertreten. Türkischstämmige Zuwanderer sind hierbei leicht pessimistischer als Zuwanderer aus anderen Herkunftsländern. 28 Prozent der Zuwanderer aus der Türkei meinen, keine Partei vertrete die Interessen der Migranten.

Abbildung 50: Zustimmung zur Aussage „Keine Partei in Deutschland vertritt die Interessen der Migranten“ (stimme völlig zu/stimme eher zu); Darstellung ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.



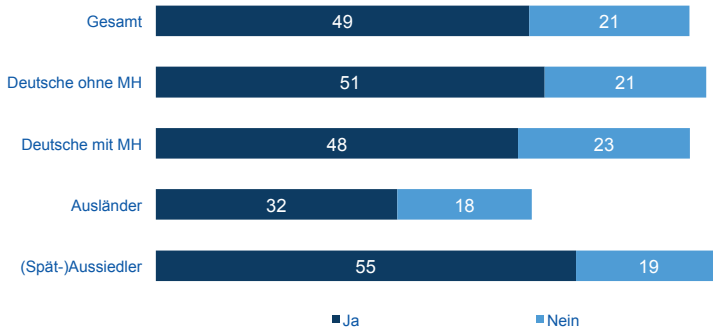
Konkret nach der CDU gefragt, meint etwa die Hälfte der Deutschen und der Migranten, die CDU setze sich ausreichend für die Integration der Ausländer und Migranten ein. Unter Ausländern fällt die Zustimmung mit 41 Prozent etwas geringer aus. Allerdings ist die Ablehnung der Aussage unter Ausländern sogar deutlich unterdurchschnittlich verbreitet. Stattdessen hat ein Drittel der Ausländer diese Frage mit „weiß nicht“ beantwortet. Besonders hoch ist der Anteil der „weiß nicht“-Antworten unter kürzlich Zugewanderten mit 45 Prozent. Sie sind noch verhältnismäßig neu in Deutschland, haben noch wenig Kenntnisse über das deutsche Parteiensystem und können diese Frage daher wohl schlecht einschätzen. Von den Zuwanderern, die vor über 20 Jahren nach Deutschland gekommen sind, wissen nur 19 Prozent keine Antwort auf diese Frage. Von ihnen ist hingegen jeder Zweite der Ansicht, die CDU setze sich ausreichend für die Integration der Migranten und Ausländer ein. Damit unterscheiden sich Zuwanderer, die seit über 20 Jahren in Deutschland leben, in dieser Einschätzung nicht mehr von Deutschen.

Abbildung 51: Wenn Sie einmal insgesamt an die Politik der CDU denken: Würden Sie sagen, dass die CDU sich – alles in allem – in ausreichendem Maße für die Integration der in Deutschland lebenden Ausländer und für Deutsche mit Migrationshintergrund einsetzt? Darstellung ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.



Des Weiteren vertritt die Hälfte der Deutschen und der Migranten die Auffassung, dass sich die CDU ausreichend für (Spät-)Aussiedler einsetzt. Unter Ausländern ist der Anteil mit 32 Prozent erneut deutlich geringer. Das liegt aber wieder daran, dass jeder zweite Ausländer die Frage mit „weiß nicht“ beantwortet. Erneut sinkt dieser Anteil mit zunehmender Aufenthaltsdauer. Je länger Ausländer in Deutschland leben, desto eher fühlen sie sich in der Lage, diese Frage zu beantworten. Unter (Spät-)Aussiedlern ist die Zustimmung recht hoch. Über die Hälfte der (Spät-)Aussiedler ist der Meinung, die CDU setze sich ausreichend für ihre Interessen ein. Diese Einschätzung spiegelt sich auch im Wahlverhalten der (Spät-)Aussiedler wider.

Abbildung 52: Und wie ist das mit Aussiedlern und Spätaussiedlern: Haben Sie den Eindruck, dass die CDU sich in ausreichendem Maße für diese Gruppe einsetzt oder nicht? Darstellung ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.



- 1| *Es ist allerdings auch möglich, dass die Ursache für die Differenzen im Erhebungsinstrument begründet ist. Möglicherweise scheuen sich Migranten stärker, den negativen Skalenbereich zu nutzen. Das ist jedoch reine Spekulation und kann bisher empirisch weder be- noch widerlegt werden. Hier wäre gezielte Methodenforschung nötig.*

6. POLITISCHE AGENDA

Die politische Agenda, die erfragt wurde, ist stark abhängig vom zeitlichen Kontext. Würde man die Erhebung heute wiederholen, ergäbe sich sicherlich eine andere Schwerpunktsetzung. Eigentlich würde man erwarten, dass Migranten und Ausländer bei aller Integration andere Themenschwerpunkte setzen als Deutsche. Beispielsweise könnte man annehmen, dass integrationspolitische Themen eine stärkere Rolle spielen. Eine Untersuchung über die wahrgenommenen Probleme 2009 kann allerdings nur geringe Unterschiede zwischen Deutschen und Migranten feststellen. Lediglich in zwei Themenbereichen unterscheiden sich die beiden Gruppen: Migranten nennen häufiger Innere Sicherheit als Problem, während Deutsche etwas häufiger den Bereich Senioren/Rente erwähnen (Wüst 2014: 121f.). Alle anderen Unterschiede sind in dieser Studie nicht statistisch signifikant oder auf die soziodemographische Zusammensetzung der Gruppen zurückzuführen.

Auch die vorliegende Studie kann nur geringe Unterschiede feststellen. Es wurde ungestützt (also offen ohne Antwortvorgaben) nach dem wichtigsten politischen Problem in Deutschland gefragt. Dabei konnten die Befragten nur ein Problem nennen. Für alle drei Gruppen zeigt sich, dass es im ersten Quartal 2015 nicht das eine beherrschende politische Problem gibt. Mit 26 Prozent der Nennungen liegt der Themenkomplex Ausländer-/Flüchtlingspolitik unter den Deutschen vorne. Je 13 Prozent der Migranten und Ausländer nennen ebenfalls die Ausländer- und Flüchtlingspolitik als

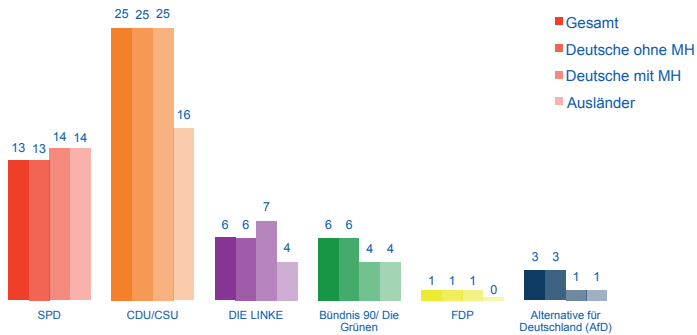
wichtigstes Problem. Damit ist ihnen der Bereich Ausländer- und Flüchtlingspolitik etwas weniger wichtig als den Deutschen.

Der Themenbereich Arbeitsplätze/Arbeitslosigkeit/Arbeitsmarktpolitik wird von 7 Prozent der Deutschen, von 13 Prozent der Migranten und von 14 Prozent der Ausländer als wichtigstes politisches Problem genannt. Menschen mit Zuwanderungsgeschichte legen folglich einen leicht stärkeren Fokus auf das Thema Arbeitslosigkeit. Besonders häufig wird dieser Themenbereich mit 20 Prozent von türkischstämmigen Zuwanderern angegeben.

Alle weiteren Unterschiede fallen noch geringer aus. Schul- und Bildungspolitik wird von 7 Prozent der Deutschen, 5 Prozent der Migranten und lediglich 2 Prozent der Ausländer als wichtigstes Problem angesehen. Auch bei den Themenbereichen sozial Schwache/soziales Gefälle/Armut sowie Einwanderung begrenzen/zu viele Migranten/Überfremdung unterscheidet sich die Nennungshäufigkeit nicht zwischen den drei Gruppen. Alle weiteren Problembereiche werden nur von sehr wenigen Befragten genannt. Insgesamt sind die Unterschiede der wahrgenommenen Probleme zwischen Deutschen, Migranten und Ausländern so gering, dass man nicht von einer spezifischen Agenda von Zuwanderern sprechen kann.

Auch bei der Problemlösungskompetenz erwartet man eigentlich Unterschiede in der Wahrnehmung von Deutschen, Migranten und Ausländern. Eine frühere Studie zeigt, dass Migranten etwas häufiger angeben, keine Partei sei kompetent, das wichtigste Problem zu lösen. Zudem stellt die Studie fest, „dass sich die Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund in zwei unterschiedliche politische Lager aufteilen“ (Wüst 2014: 126). Auf der einen Seite befänden sich die (Spät-)Aussiedler, die überdurchschnittlich der CDU die Problemlösungskompetenz zuschreiben. Auf der anderen Seite seien die Migranten aus anderen Herkunftsländern, die dagegen überdurchschnittlich häufig SPD und Grüne als kompetent erachten.

Abbildung 53: Und welche Partei ist Ihrer Meinung nach am besten geeignet, dieses Problem zu lösen? Darstellung ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.



In den vorliegenden Daten spiegeln sich diese Befunde nur teilweise wider. Mit 30 Prozent liegt der Anteil derjenigen, die keine Partei für kompetent halten, unter den Deutschen am höchsten. Darauf folgen Migranten, von denen jeder Fünfte keine Partei nennt. Dagegen sind lediglich 17 Prozent der Ausländer der Meinung, keine Partei sei kompetent, die Probleme zu lösen. Allerdings weisen Migranten und Ausländer einen höheren Anteil an „weiß nicht“-Antworten auf. 12 Prozent der Deutschen, ein Viertel der Migranten und 41 Prozent der Ausländer antworten mit „weiß nicht“. Allerdings sinkt der Anteil der „weiß nicht“-Antworten mit zunehmender Aufenthaltsdauer.

Insgesamt nennt aber über die Hälfte der Ausländer (58 Prozent) keine Partei aktiv. Aber auch bei Deutschen und Migranten liegt der Anteil derjenigen, die keine Partei angeben, mit 42 und 46 Prozent recht hoch. CDU und CSU werden von je einem Viertel der Deutschen und Migranten als am kompetentesten genannt. Ausländer halten die Union mit 16 Prozent etwas seltener für die kompetenteste Partei als der Durchschnitt. Obwohl (Spät-)Aussiedler ihre Stimme überdurchschnittlich häufig CDU und CSU geben, schreiben sie der Union, anders als in der Untersuchung von Wüst (2014), lediglich durchschnittlich häufig die Problemlösungskompetenz zu (26 Prozent).

Der Anteil derjenigen, die die SPD für am besten geeignet halten, um das für sie wichtigste Problem zu lösen, ist etwa gleich hoch unter Deutschen, Migranten und Ausländern. Von türkischstämmigen Zuwanderern wird die SPD überdurchschnittlich häufig als kompetent erachtet. (Spät-)Aussiedler schreiben ihr dagegen leicht unterdurchschnittlich häufig die Kompetenz zu.

Bei allen anderen Parteien zeigen sich kaum Unterschiede in der Bewertung ihrer Problemlösungskompetenz.

Es lässt sich folglich in den Daten nur eine leichte Zweiteilung feststellen. Zugewanderte aus der Türkei präferieren die SPD, während (Spät-)Aussiedler der SPD weniger Kompetenz zuschreiben. Die ausgeprägte Kompetenzzuschreibung der (Spät-)Aussiedler für die Union, die Wüst in den Daten von 2009 findet, kann mit der vorliegenden Studie nicht bestätigt werden. (Spät-)Aussiedler sehen die Problemlösungskompetenz genauso häufig bei CDU und CSU wie Deutsche ohne Migrationshintergrund.

Bei der Zuschreibung der Problemlösungskompetenz zu einer Partei haben vor allem Ausländer offenbar gewisse Schwierigkeiten. Wie sieht es dagegen mit der Interessensvertretung von Migranten und Ausländern durch Politiker mit Migrationshintergrund aus? Die Konrad-Adenauer-Stiftung wollte wissen, ob Politiker mit Migrationshintergrund die Interessen von Zuwanderern besser vertreten können als Politiker ohne Migrationshintergrund. Ein Drittel der befragten Zuwanderer hat die Frage bejaht. Sie glauben, Politiker mit Migrationshintergrund könnten ihre Interessen besser vertreten. 44 Prozent sind dagegen der Ansicht, dass sie das nicht könnten. 20 Prozent antworten mit „weiß nicht“ oder „keine Angabe“. Mit zunehmender Aufenthaltsdauer in Deutschland nimmt der Anteil derjenigen, die sich von einem Politiker mit Migrationshintergrund besser vertreten fühlen würden, ab. Von den kürzlich Zugewanderten glauben noch 44 Prozent, ein Politiker mit Migrationshintergrund würde ihre Interessen besser vertreten. Unter denjenigen, die vor über 20 Jahren nach Deutschland gekommen sind, meint das nur noch jeder Dritte.

Diejenigen, die die Frage bejahen, wurden gebeten, einen Politiker anzugeben, von dem sie das erwarten würden. 12 Prozent können sich vorstellen, dass Cem Özdemir ihre Interessen besser vertritt. Bei allen weiteren Nennungen sind die Häufigkeiten sehr gering. Es werden sowohl Politiker mit als auch Politiker ohne Migrationshintergrund genannt, obwohl nach

Politikern mit Migrationshintergrund gefragt wurde. Das deutet darauf hin, dass es bisher, abgesehen von Cem Özdemir, keinen Politiker mit Migrationshintergrund gibt, der einen größeren Bekanntheitsgrad besitzt bzw. von dem eine bessere Interessenvertretung erwartet wird. Auch wenn ein Drittel der Zuwanderer sich von einem Politiker mit Migrationshintergrund besser vertreten fühlen würde, gibt es keine Person, die die Mehrheit von sich überzeugt. Drei Viertel der Zuwanderer können gar keinen Politiker nennen und antworten mit „weiß nicht“.

Zusätzlich wurde gefragt, welches das größte Problem ist, das Migranten und Ausländer in Deutschland haben. Selbst hier fallen die Gruppenunterschiede zwischen Deutschen, Migranten und Ausländern überraschend gering aus. Sprache und Sprachprobleme liegen als Problemkomplex in allen drei Gruppen vorn. Je ein Viertel der Deutschen, Migranten und Ausländer hält die Sprache für das wichtigste Problem von Zuwanderern. Das Thema Integration/Integrationsbereitschaft/Anpassung an die deutsche Gesellschaft und Kultur wird von Ausländern (9 Prozent) etwas seltener genannt als von Befragten mit deutscher Staatsangehörigkeit (Deutsche: 14 Prozent; Migranten: 13 Prozent).

Dagegen gibt es beim Themenkomplex Vorurteile der Deutschen gegenüber Migranten/Schubladendenken/fehlendes gegenseitiges Verständnis leichte Unterschiede. Interessanterweise wird dieser Themenbereich mit 13 Prozent am häufigsten von Deutschen genannt. 9 Prozent der Migranten und lediglich 5 Prozent der Ausländer sehen Vorurteile als wichtigstes Problem von Migranten und Ausländern an.

Beim Problembereich mangelnde Akzeptanz und Anerkennung von Migranten/Diskriminierung von Migranten/Intoleranz liegen die Gruppen wieder näher zusammen. Etwa jeder zehnte Deutsche und jeder zehnte Migrant sowie 7 Prozent der Ausländer sagen, dabei handele es sich um das größte Problem von Migranten und Ausländern in Deutschland.

Die Kehrseite der Medaille – Abschottung der Migranten/Ablehnung der deutschen Kultur/Verweigerung der Integration – wird von 8 Prozent der Deutschen und 7 Prozent der Migranten als Problem wahrgenommen. Lediglich 3 Prozent der Ausländer sehen das als Problem.

Auch wenn es nicht um das allgemein wichtigste Problem in Deutschland geht, sondern um das größte Problem von Migranten und Ausländern,

können viele Befragte keine Partei benennen oder sind explizit der Meinung, keine Partei sei kompetent, das Problem zu lösen. Unter den Deutschen sagt knapp ein Drittel, keine Partei sei kompetent, während 15 Prozent „weiß nicht“ antworten (gesamt: 44 Prozent).

Unter den Migranten sinkt zwar der Anteil derjenigen, die keine Partei als kompetent wahrnehmen auf 20 Prozent, dafür steigt der Anteil der „weiß nicht“-Antworten auf 31 Prozent. Insgesamt nennt damit jeder zweite Migrant keine Partei.

Unter Ausländern liegt der gesamte Anteil an „weiß nicht“ und „keine Partei“ bei fast zwei Drittel. 17 Prozent der Ausländer halten keine Partei für kompetent, weitere 47 Prozent antworten mit „weiß nicht“. Das ist insofern erstaunlich, als dass es nicht um ein „deutsches“ Problem geht, sondern um die Lösung der Probleme von Migranten und Ausländern in Deutschland. Dabei ist der Anteil derjenigen, die gewissermaßen alle Parteien für nicht kompetent halten, unter Migranten und Ausländern geringer als unter Deutschen. Dafür kennen sich Migranten und Ausländer offenbar so wenig mit den deutschen Parteien aus, dass sie sich nicht in der Lage sehen, die Frage nach der Problemlösungskompetenz zu beantworten. Mit zunehmender Aufenthaltsdauer sinkt allerdings wieder der Anteil derjenigen, die keine Antwort auf diese Frage wissen.

In allen drei Befragungsgruppen liegen Union und SPD bei der Kompetenz etwa gleich auf. Unter den Deutschen werden beide Parteien besser bewertet als unter Zuwanderern. Ein Fünftel der Deutschen meint, CDU/CSU seien am besten geeignet, das größte Problem von Migranten und Ausländern zu lösen, 17 Prozent glauben dies von der SPD. Unter den Migranten nennen 17 Prozent die Union und 14 Prozent die SPD. Am geringsten ist der Glaube an die Problemlösungskompetenz von CDU und SPD unter den in Deutschland lebenden Ausländern. Nur etwa jeder zehnte Ausländer sieht die Kompetenz bei der Union oder bei der SPD. (Spät-)Aussiedler schreiben erneut etwa durchschnittlich häufig der Union die Kompetenz zu (20 Prozent), während sie die SPD deutlich seltener als kompetent wahrnehmen (5 Prozent). Dafür wird die SPD von türkischstämmigen Migranten und Ausländern mit je 26 Prozent überdurchschnittlich oft als kompetent genannt.

Bei allen anderen Parteien unterscheidet sich die Bewertung kaum zwischen den Gruppen.

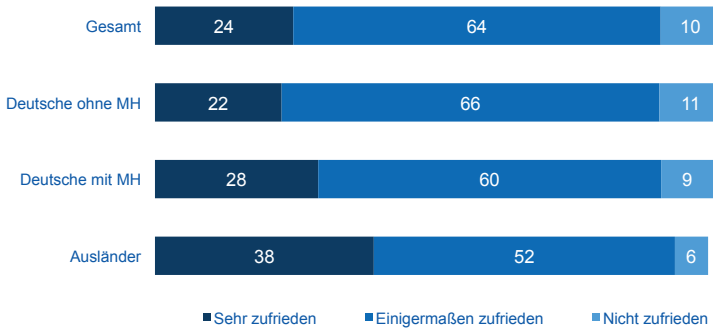
7. POLITISCHE EINSTELLUNGEN

Beim Wahlverhalten und den politischen Problemen zeigten sich nur geringe Unterschiede zwischen Deutschen, Migranten und Ausländern. Und auch die Zufriedenheit mit der Demokratie ist in allen drei Gruppen ähnlich ausgeprägt. 90 Prozent der Ausländer und je 88 Prozent der Migranten und der Deutschen geben an, mit der Demokratie zufrieden zu sein. Damit ist die Demokratiezufriedenheit in allen drei Gruppen sehr hoch.

Unter den Ausländern sind Türken etwas weniger zufrieden mit der Demokratie in Deutschland als die Gesamtheit der Ausländer. 83 Prozent sind sehr oder einigermaßen zufrieden mit der Demokratie. Dagegen weisen in Deutschland lebende Polen eine besonders hohe Demokratiezufriedenheit auf. 95 Prozent der Polen sind sehr oder einigermaßen zufrieden. Mit zunehmender Aufenthaltsdauer in Deutschland sinkt der Anteil derjenigen, die sehr zufrieden sind, während der Anteil derjenigen steigt, die einigermaßen zufrieden sind. Von den kürzlich Zugewanderten sind 48 Prozent mit der Demokratie sehr zufrieden und 45 Prozent sind einigermaßen zufrieden. Von den Zuwanderern, die vor über 20 Jahren nach Deutschland migriert sind, sind dagegen 28 Prozent sehr und 61 Prozent einigermaßen zufrieden. Die Unzufriedenheit nimmt dagegen nur unwesentlich zu. 3 Prozent der Zuwanderer, die vor weniger als 5 Jahren nach Deutschland gekommen sind, und 9 Prozent der vor über 20 Jahren Zugewanderten sind mit der Demokratie unzufrieden. Bei Zuwanderern lässt sich also mit zunehmender Aufenthalts-

dauer in Deutschland ein Sinken der Demokratiezufriedenheit feststellen, ohne dass dabei die Unzufriedenheit gestiegen wäre. In der Summe ist immer noch die überwiegende Mehrheit der Zuwanderer sehr oder einigermaßen zufrieden mit der Demokratie in Deutschland.

Abbildung 54: „Kommen wir nun zu der Demokratie in Deutschland. Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht?“ Darstellung ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.

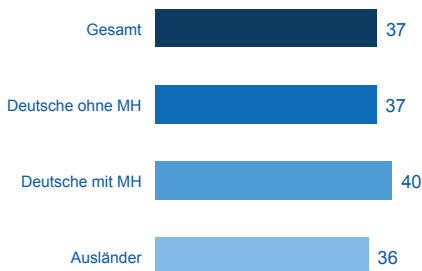


Bei den wenigen, die nicht zufrieden sind, sind keine eindeutigen Gründe für die Unzufriedenheit lokalisierbar, sodass es sich um eine eher diffuse Unzufriedenheit handelt. 43 Prozent der unzufriedenen Deutschen geben an, mit der Politik bzw. den Politikern unzufrieden zu sein. Politiker regierten am Volk vorbei, hielten ihre Wahlversprechen nicht ein und die Politik sei nicht transparent. Unter den unzufriedenen Migranten geben lediglich 16 Prozent Politik/Politiker als Gründe für ihre Unzufriedenheit an, unter den unzufriedenen Ausländern sogar nur 5 Prozent.

Neben der insgesamt sehr hohen Demokratiezufriedenheit gibt es aber auch Hinweise auf ein – wenn auch eher geringes – Potenzial an Kulturpessimismus, Antikapitalismus, Elitenkritik, Homophobie, Ablehnung von „Fremdem“, Gewaltaffinität, Autoritarismus und Verschwörungstheorien. Zu jeder dieser Dimensionen wurde nur ein Item abgefragt, statt einer umfangreichen Fragebatterie. Dadurch sind die Ergebnisse vorsichtig zu interpretieren, sie können aber dennoch einen ersten Eindruck geben¹.

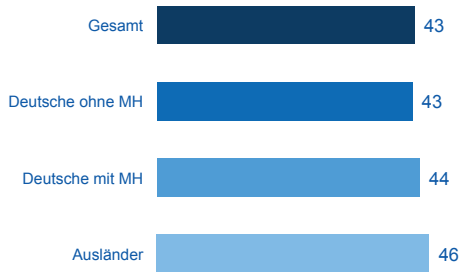
Lediglich eine Minderheit vertritt eine kulturpessimistische Haltung. Knapp 40 Prozent der Deutschen, Migranten und Ausländer beklagen, dass es in unserer Gesellschaft keine Ideale mehr gebe, an denen man sich orientieren könne. In allen drei Gruppen ist diese Haltung etwa gleich stark ausgeprägt. Unter russischstämmigen Zuwanderern ist mit 46 Prozent ein leicht überdurchschnittlicher Kulturpessimismus festzustellen. Zudem ist die Zustimmung unter Befragten mit niedriger formaler Bildung überdurchschnittlich hoch. 18- bis 24-Jährige zeigen sich dagegen unterdurchschnittlich pessimistisch. Darüber hinaus zeigen sich keine weiteren bedeutsamen Gruppenunterschiede. Der Grad der Religiosität hat überraschend keinen Einfluss.

Abbildung 55: Zustimmung zur Aussage „In unserer heutigen Gesellschaft gibt es keine Ideale mehr, an denen man sich orientieren kann“ (stimme völlig zu/stimme eher zu); Darstellung ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.



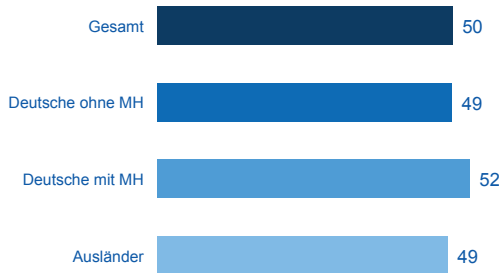
Hinzu kommt eine antikapitalistische Haltung, die von etwas über 40 Prozent der Deutschen, Migranten und Ausländer bekundet wird. Interessanterweise stimmen türkischstämmige Migranten der Aussage „Der Kapitalismus richtet die Welt zugrunde“ überdurchschnittlich häufig zu (60 Prozent), während russischstämmige Zuwanderer unterdurchschnittliche Zustimmungswerte aufweisen (33 Prozent). Sie fühlen sich jedoch überdurchschnittlich häufig nicht in der Lage, diese Aussage zu beurteilen (27 Prozent). Dabei muss beachtet werden, dass sich diese Haltung nicht grundsätzlich gegen das Wirtschaftssystem in Deutschland richtet.

Abbildung 56: Zustimmung zur Aussage „Der Kapitalismus richtet die Welt zugrunde“ (stimme völlig zu/stimme eher zu); Darstellung ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.



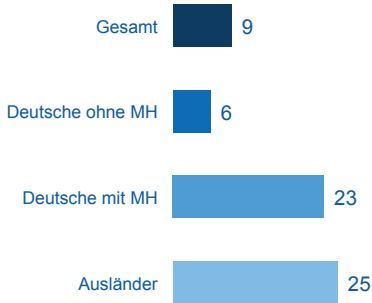
Von etwa der Hälfte der Befragten wird Kritik an den Eliten geäußert in der Form, dass jeder Zweite der Aussage zustimmt „Die da oben‘ machen doch nur, was sie wollen“. Auch bei dieser Aussage gibt es keine nennenswerten Gruppenunterschiede zwischen Deutschen, Migranten und Ausländern. Allerdings äußern sich türkischstämmige Zuwanderer häufiger kritisch gegenüber den Eliten. Fast zwei Drittel der türkischstämmigen Zuwanderer meint, „die da oben“ machten, was sie wollen. Zusätzlich steigt der Anteil der elitenkritischen Zuwanderer, je länger sie in Deutschland leben. Nur jeder dritte Zuwanderer, der vor weniger als fünf Jahren nach Deutschland gekommen ist, stimmt der Aussage zu. Dagegen äußern sich 59 Prozent der Zuwanderer kritisch, die seit mehr als 20 Jahren in Deutschland leben. Wenn man Integration als Anpassung beider Gruppen aneinander versteht, sind einige Zuwanderer im Laufe ihres Aufenthalts in Deutschland gewissermaßen „über das Ziel hinaus geschossen“. Anfangs sind sie weniger elitenkritisch als Deutsche, nach über 20 Jahren haben sie sich jedoch in ihrer Elitenkritik nicht nur den Deutschen angenähert, sondern sind sogar noch kritischer geworden. Allerdings kann hier natürlich nicht ausgeschlossen werden, dass es sich nicht um Anpassungsprozesse, sondern um Kohorteneffekte handelt. Das hieße, dass die Zuwanderer vor über 20 Jahren schon kritischer waren, als es die neuen Zuwanderergenerationen sind. Darüber hinaus sind junge Menschen zwischen 18 und 24 Jahren unterdurchschnittlich kritisch gegenüber den Eliten. Zudem sinkt die Elitenkritik mit steigendem formalem Bildungsniveau.

Abbildung 57: Zustimmung zur Aussage „Die da oben‘ machen doch nur, was sie wollen“ (stimme völlig zu/stimme eher zu); Darstellung ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.



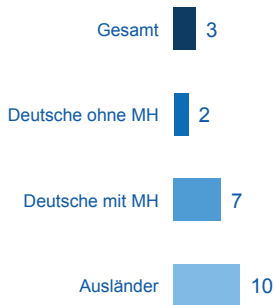
Neben Kulturpessimismus, Antikapitalismus und Elitenkritik wurde auch Homophobie gemessen. Im Gegensatz zu den drei ersten Aussagen zeigen sich bei der Aussage „Ich will keine homosexuellen Freunde“ Unterschiede zwischen Deutschen, Migranten und Ausländern. Lediglich 6 Prozent der Deutschen gibt an, keine homosexuellen Freunde zu wollen. Das gilt dagegen für je etwa ein Viertel der Migranten und Ausländer. Türkischstämmige Zuwanderer stimmen der Aussage durchschnittlich oft zu. Überdurchschnittliche Zustimmung findet sich hingegen bei russischstämmigen Zuwanderern. 37 Prozent der Zuwanderer aus Russland bekunden, keine homosexuellen Freunde zu wünschen. Zudem zeigt sich für alle Konfessionen mit ausreichender Fallzahl (Katholisch, Evangelisch und Muslimisch), dass die Ablehnung Homosexueller mit zunehmender Religiosität steigt, wenn auch auf unterschiedlichem Niveau. Bei Katholiken steigt die Ablehnung von 3 Prozent (schwach religiös) auf 10 Prozent (stark religiös), bei Protestanten von 5 auf 11 Prozent. Bei Muslimen ist das Niveau der Ablehnung hingegen höher. 15 Prozent der schwach religiösen Muslime möchten keine homosexuellen Freunde, während dasselbe für jeden dritten stark religiösen Muslim gilt. Hier scheint es auf der Einstellungsebene bei der Assimilation der Zuwanderer an die deutsche Bevölkerung noch Luft nach oben zu geben. Andere Studien kommen allerdings zu noch höherer Ablehnung. 57 Prozent der westeuropäischen Muslime aus der Türkei und Marokko geben in einer Studie von Koopmans (2015: 477) an, keine homosexuellen Freunde zu wünschen.

Abbildung 58: Zustimmung zur Aussage „Ich will keine homosexuellen Freunde“ (stimme völlig zu/stimme eher zu); Darstellung ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.



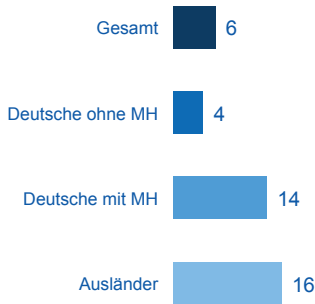
Die Aussage „Juden kann man nicht trauen“ wird in der Literatur teilweise dazu verwendet, um Antisemitismus zu messen. Es ist jedoch diskussionswürdig, inwiefern damit tatsächlich Antisemitismus abgebildet wird. Fremdenfeindlichkeit misst diese Aussage nicht. In der vorliegenden Studie wurde mit der Aussage Anomie gemessen. In der autochthonen Bevölkerung ist die Meinung, Juden könne man nicht trauen, eine absolute Außen-seiterposition. Lediglich 2 Prozent der befragten Deutschen stimmen dem zu. Unter Migranten und Ausländern fällt die Zustimmung zwar höher aus, ist aber immer noch gering ausgeprägt. 7 Prozent der Migranten und 10 Prozent der Ausländer meinen, Juden könne man nicht trauen. Am höchsten fällt die Zustimmung unter Muslimen und türkischstämmigen Zuwanderern aus. 15 Prozent der Muslime und 17 Prozent der Zuwanderer aus der Türkei finden, dass man Juden nicht trauen kann. Für türkischstämmige Zuwanderer kommen Pollack et al. (2016: 5) zu sehr ähnlichen Befunden. 21 Prozent der Türkischstämmigen geben in der Münsteraner Studie eine eher oder sehr negative Haltung zu Juden an. In der Analyse von Koopmans (2015: 477) für sechs westeuropäische Länder geben dagegen ganze 45 Prozent der muslimischen Zuwanderer aus der Türkei und Marokko an, Juden könne man nicht trauen.

Abbildung 59: Zustimmung zur Aussage: „Juden kann man nicht trauen“ (stimme völlig zu/stimme eher zu); Darstellung ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.



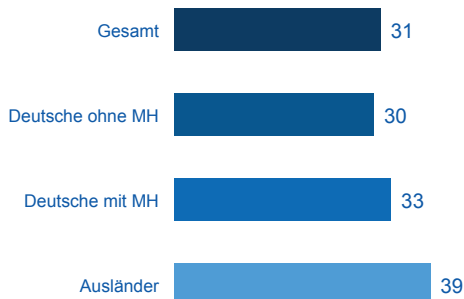
Auch eine Affinität zu Gewalt wurde in unserer Umfrage gemessen. Unter Deutschen ist die Gewalaffinität am geringsten ausgeprägt. Lediglich 4 Prozent der Deutschen stimmen der Aussage zu „In jeder demokratischen Gesellschaft gibt es Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen“. Unter Migranten und Ausländern fällt die Zustimmung zu Gewalt mit 14 und 16 Prozent höher aus. Auch türkischstämmige Zuwanderer befürworten Gewalt mit 17 Prozent häufiger. Dieses Ergebnis passt zu dem Befund von Pollack et al. (2016: 15), in deren Befragung ein Fünftel der Türkischstämmigen die Verteidigung des Islam mit Gewalt rechtfertigt. Genauso hoch ist die Zustimmung zur Konfliktlösung mit Gewalt in unserer Umfrage unter russischstämmigen Zuwanderern und unter Muslimen. Jeder fünfte Zuwanderer aus Russland und jeder fünfte Muslim meint, manche Konflikte könnten nur mit Gewalt gelöst werden.

Abbildung 60: Zustimmung zur Aussage „In jeder demokratischen Gesellschaft gibt es Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen“ (stimme völlig zu/stimme eher zu); Darstellung ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.



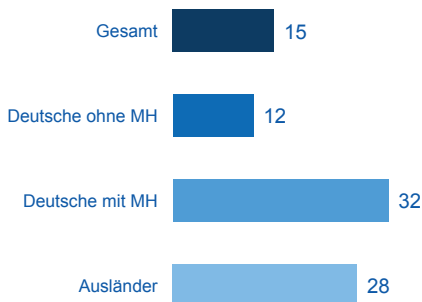
Bei der Neigung zu Autoritarismus gibt es keine nennenswerten Unterschiede zwischen Deutschen und Migranten. Etwa jeder dritte Deutsche und jeder dritte Migrant ist der Meinung, es müsse wieder jemanden geben, der sagt, wo es langgeht. Ausländer stimmen der Aussage mit 39 Prozent leicht häufiger zu. Die höchsten Zustimmungswerte zu jemandem, der sagt, wo es langgeht, finden sich bei türkischstämmigen Zuwanderern (42 Prozent) und Muslimen (43 Prozent). Mit zunehmendem formalem Bildungsniveau sinkt dagegen der Anteil der Zustimmungen.

Abbildung 61: Zustimmung zur Aussage „Es muss wieder jemanden geben, der sagt, wo es langgeht“ (stimme völlig zu/stimme eher zu); Darstellung ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.



Als Beispiel für eine Verschwörungstheorie haben wir uns für folgende Aussage entschieden: „Hinter den Anschlägen vom 11. September steckt in Wirklichkeit die USA“. Unter Deutschen hat diese Verschwörungstheorie mit 12 Prozent nur wenige Anhänger. Bei Migranten und Ausländern ist sie schon beliebter. Fast jeder dritte Migrant glaubt, dass die Anschläge eigentlich von den USA verübt wurden. Unter Ausländern fällt die Zustimmung mit 28 Prozent etwas geringer aus. Wenn man sich die einzelnen Zuwanderergruppen ansieht, fallen sowohl türkischstämmige als auch russischstämmige Migranten auf. Fast jeder dritte russischstämmige Zuwanderer meint, die USA seien für die Anschläge vom 11. September verantwortlich. Dasselbe gilt für fast die Hälfte der türkischstämmigen Zuwanderer (46 Prozent). Unter polnischstämmigen Zuwanderern stimmen dagegen nur 18 Prozent der Aussage zu. Muslime (42 Prozent) hängen dieser Verschwörungstheorie fast so häufig an wie türkischstämmige Zuwanderer, was vermutlich an der großen Überschneidung dieser beiden Gruppen liegt. Je religiöser Muslime sind, desto häufiger halten sie die USA für die Verursacher der Anschläge. Ein Viertel der schwach religiösen Muslime stimmt dieser Verschwörungstheorie zu, aber sogar jeder zweite stark religiöse Muslim. Unter allen Befragten sinkt der Anteil der Befürworter der Verschwörungstheorie mit zunehmendem Alter.

Abbildung 62: Zustimmung zur Aussage „Hinter den Anschlägen vom 11. September steckt in Wirklichkeit die USA“ (stimme völlig zu/stimme eher zu); Darstellung ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.



Die Ergebnisse zeigen zwei Seiten einer Medaille. Einerseits herrscht eine hohe Zufriedenheit mit der Demokratie sowohl unter Deutschen als auch unter Migranten und Ausländern. Andererseits äußern aber in einigen

Gruppen Minderheiten Einstellungen, die nur schwer mit einer Demokratie vereinbar sind oder in eine populistische Richtung gehen. Hier zeigt sich ein Bedarf an politischer Bildung und Präventionsarbeit.

- 1| *Da die Studie als Mehrthemenbefragung konzipiert ist, konnten alle Themen nur kurz abgefragt werden. Deshalb wurde nur ein Item pro Dimension erhoben. Eine umfangreichere Erhebung jeder Dimension war aus Zeitgründen in dieser Befragung nicht möglich.*

8. BESCHREIBUNG DER STICHPROBENZIEHUNG¹

Um für alle drei Teilgruppen eine repräsentative Stichprobe zu erhalten, wurde kein onomastisches Verfahren, sondern eine reine Zufallsauswahl verwendet. Onomastische Stichprobenziehungen sind in der Migrationsforschung weit verbreitet und greifen auf die Erkenntnisse der Namensforschung zurück (vgl. Humpert/Schneiderheinze: 2000). Dabei wird für jede zu untersuchende Nationalität in der Regel mithilfe eines Namenslexikons eine eigene Namensliste erstellt, die dann mit den Telefonbucheinträgen abgeglichen wird. Diese Methode hat mehrere Nachteile: Erstens können Namen, die in mehreren Sprachen vorkommen, nicht eindeutig einer Nationalität zugeordnet werden. Zweitens können nur Haushalte erfasst werden, die im Telefonbuch verzeichnet sind; nicht eingetragene Haushalte werden bei der Stichprobenziehung nicht berücksichtigt (Humpert/Schneiderheinze 2000: 55). Drittens müssen Namenslisten für jede Nationalität angelegt werden. Es ist also aus forschungspraktischen Gründen nur möglich, Nationalitäten zu berücksichtigen, die in Deutschland relativ stark vertreten sind. Kleine Minderheiten von Zuwanderern werden in onomastischen Umfragen in der Regel nicht berücksichtigt. Die Auswahl kann somit nicht repräsentativ sein für alle in Deutschland lebenden Migranten und Ausländer. Für einzelne Gruppen kann eine namensbasierte Auswahl aber durchaus Sinn machen. Sollen zum Beispiel ausschließlich in Deutschland lebende Türken befragt werden, kann eine onomastische Stichprobenziehung ziel-

führend sein. Ein vierter Nachteil besteht in der schwierigen Auffindbarkeit von Aussiedlern. Da Aussiedler ihre Namen in deutsche Varianten umwandeln dürfen, sind viele Aussiedler nicht mehr anhand ihres Namens als solche zu erkennen. Ein prägnantes Beispiel dafür ist die Schlagersängerin Helene Fischer, deren Name keine Aussage über ihre russische Herkunft zulässt. Dafür gibt es inzwischen die Möglichkeit einer sogenannten „toponomastischen“ Stichprobenziehung (vgl. Salentin: 2007), bei der die Stichprobe mithilfe der Staatsangehörigkeiten und des Geburtsortes im Melderegister gezogen werden. Durch die Einbeziehung des Geburtsortes können auch Aussiedler identifiziert werden. Schwierig wird es allerdings für die zweite Generation der Aussiedler: „Die Nachkommen der Aussiedler der ersten Generation sind selbstverständlich nicht an ihrem Geburtsort zu erkennen, der ja definitionsgemäß im Inland liegt“ (Salentin 2007: 32). Zudem sind Verfahren, die die kommunalen Melderegister verwenden, sehr aufwendig und sehr teuer.

Alternativ wäre für Migrantenbefragungen theoretisch eine Stichprobenziehung über das Ausländerzentralregister möglich. Hier sind jedoch weder Aussiedler erfasst noch Migranten mit deutscher Staatsangehörigkeit. Zudem ist es lediglich dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erlaubt, auf das Ausländerzentralregister zu Forschungszwecken zuzugreifen (vgl. Babka von Gostomski/Pupeter 2008: 153).

Da die Konrad-Adenauer-Stiftung eine repräsentative Erhebung der in Deutschland lebenden Migranten und Ausländer (inklusive der Aussiedler) plante, blieb nur eine reine Zufallsauswahl. Das bedeutet, dass jede in Deutschland lebende Person über 18 Jahren dieselbe Chance hat, in die Stichprobe zu gelangen und an der Umfrage teilzunehmen. Nur so ist es möglich, die Ergebnisse der Stichprobe auf die Grundgesamtheit – also die deutsche Wohnbevölkerung ab 18 Jahren – zu übertragen. Eine Zufallsauswahl hat allerdings den Nachteil, dass sie für die Migranten und in noch höherem Maße für die Ausländer mit einem erhöhten Screening-Aufwand verbunden ist, da deren Anteil an der Gesamt-Bevölkerung mit etwa 11 (Migranten) bzw. 9 Prozent (Ausländer) recht gering ist. Daher war eine Bruttostichprobe von 320.757 Telefonnummern erforderlich, um 3.034 Interviews zu realisieren.

Da besonders jüngere Menschen häufig nicht mehr über einen Festnetz-, sondern nur über einen Mobilfunkanschluss verfügen, wurde ein sogenannter „Dual-Frame-Ansatz“ gewählt. 60 Prozent der Bruttostichprobe

wurden über das Festnetz ausgewählt, die übrigen 40 Prozent über Mobilfunk.

Vom 08. Januar bis 18. April 2015 hat die USUMA GmbH im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung 3.034 etwa 30-minütige Interviews geführt. Davon entfielen 1.021 Interviews auf Deutsche ohne Migrationshintergrund, 1.004 Interviews wurden mit Migranten geführt und 1.009 Interviews kamen mit in Deutschland lebenden Ausländern zustande. Insgesamt wurden 495 fremdsprachige Interviews geführt (Russisch: 187, Türkisch: 123, Polnisch: 75, Englisch: 70, Italienisch: 40). Die Übersetzung der Fragebögen in Englisch, Russisch, Türkisch, Polnisch und Italienisch sollte gewährleisten, dass auch Personen mit schlechten Deutschkenntnissen an der Befragung teilnehmen können, um eine Verzerrung zu vermeiden.

Durch das disproportionale Design weist die Stichprobe einen überdurchschnittlichen Anteil an Zuwanderern auf, weshalb der Datensatz anschließend gewichtet werden musste. Die Gewichtung der Daten erfolgte überwiegend anhand der Publikation „Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus“ des Statistischen Bundesamtes.

Von den 1.004 befragten Migranten sind 28 Prozent in Deutschland geboren. 11 Prozent der Befragten sind in Polen, weitere 19 Prozent in der Russischen Föderation oder der ehemaligen Sowjetunion und 7 Prozent in der Türkei geboren. Drei Viertel der Migranten geben an, ausschließlich die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen, während ein Viertel zusätzlich mindestens eine ausländische Staatsangehörigkeit hat. 22 Prozent der Befragten mit doppelter Staatsbürgerschaft besitzen neben der deutschen auch die polnische Staatsangehörigkeit. 19 Prozent sind russische, 12 Prozent türkische Staatsbürger.

Von den 1.009 befragten Ausländern sind 9 Prozent in Deutschland geboren. 15 Prozent geben die Türkei und 8 Prozent Polen als Geburtsland an. 19 Prozent der in Deutschland lebenden Ausländer besitzen die türkische Staatsangehörigkeit. 8 Prozent geben an, einen italienischen und ebenfalls 8 Prozent einen polnischen Pass zu haben.

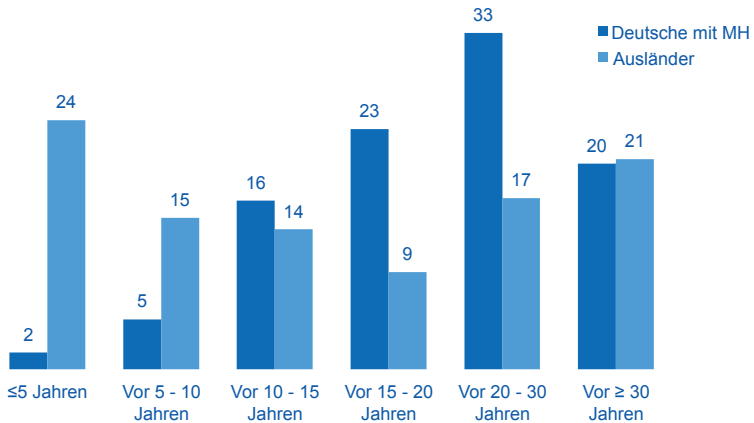
Absolut wurden 362 Muslime befragt. Nach Gewichtung entspricht das einem Anteil von 4 Prozent an der Gesamt-Stichprobe. Das stimmt ziemlich genau mit dem von Haug et al. (2009: 80) geschätzten Anteil an

Muslimen in der Bevölkerung überein. 27 Prozent der Muslime besitzen nur die deutsche Staatsangehörigkeit, 10 Prozent besitzen die deutsche und eine andere Staatsangehörigkeit und mit 62 Prozent besitzt die Mehrheit der in Deutschland lebenden Muslime eine andere Staatsangehörigkeit als die deutsche.

Darüber hinaus weist die Stichprobe 4 Prozent (Spät-)Aussiedler auf. Auch das entspricht dem tatsächlichen Anteil in der Bevölkerung.

Ein großer Teil der von uns befragten Zuwanderer mit eigener Migrationserfahrung lebt seit über 15 Jahren in Deutschland, wobei Migranten schon deutlich länger in Deutschland sind als die hier lebenden Ausländer. Drei Viertel der Migranten sind seit 15 Jahren oder länger in Deutschland, wohingegen nur knapp die Hälfte der Ausländer seit über 15 Jahren in Deutschland leben. Ein Viertel der Ausländer ist erst seit bis zu fünf Jahren in Deutschland, während nur 2 Prozent der Migranten vor fünf Jahren oder weniger zugewandert sind. Das ist wenig erstaunlich, da Zuwanderer seit mindestens acht Jahren in Deutschland leben müssen, um eingebürgert werden zu können.

Abbildung 63: Vor wie vielen Jahren sind Sie (erstmal) auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugezogen? Darstellung ohne „weiß nicht“ und „keine Angabe“.



Von den Migranten, die selber nach Deutschland zugezogen sind, gibt nahezu die Hälfte an, wegen Familienzusammenführung nach Deutschland gekommen zu sein. 17 Prozent der Migranten sind aus wirtschaftlichen Gründen, 15 Prozent aus politischen Gründen nach Deutschland gezogen. Alle anderen Gründe spielen bei Migranten nur eine untergeordnete Rolle. Die in Deutschland lebenden Ausländer nennen dagegen am häufigsten wirtschaftliche Gründe (37 Prozent). Lediglich ein Viertel der Ausländer ist zur Familienzusammenführung nach Deutschland gekommen. Weitere 15 Prozent geben eine Partnerschaft als Zuzugsgrund an, 13 Prozent sind für die Ausbildung oder das Studium nach Deutschland gezogen, 12 Prozent aus politischen Gründen.

1| *Dieses Kapitel wurde nahezu identisch schon einmal veröffentlicht in Pokorny (2016).*

9. SCHLUSSBEMERKUNG

Es gibt sicherlich noch viel zu tun. Einige Zuwanderer sind mit dem deutschen Parteiensystem und deutschen Politikern so wenig vertraut, dass sie nicht wissen, wen sie wählen sollen, welcher Partei sie zutrauen, Probleme zu lösen oder welcher Politiker mit Migrationshintergrund ihre Interessen vertreten könnte. Dieser Anteil sinkt jedoch, je länger die Migranten und Ausländer in Deutschland leben. Offenbar brauchen Zuwanderer einfach etwas Zeit, um sich mit der politischen Landschaft in Deutschland vertraut zu machen.

Auch bei den verschiedenen Integrationsindikatoren deuten die Ergebnisse in eine ähnliche Richtung. Je länger Zuwanderer in Deutschland sind, desto besser sind sie integriert. Die emotionale Verbundenheit mit dem Herkunftsland nimmt immer mehr ab und im Gegenzug steigt die Verbundenheit mit dem Aufnahmeland Deutschland. Gleichzeitig sollte von Zuwanderern nicht erwartet werden, dass sie ihre Herkunftsidentität vollständig aufgeben. Es zeigt sich, dass besonders die Formen der Integration weit fortgeschritten sind, die eine additive Integration ermöglichen. Es fällt leichter, neben den Freunden aus dem eigenen Herkunftsland deutsche Freundschaften zu pflegen, als die eigene Religion aufzugeben und eine andere anzunehmen.

Gleichzeitig hält sich bei einem Teil der Zuwanderer neben der Identifikation mit Deutschland eine Identifikation mit ihrer religiösen Gruppe bzw. mit ihrem Herkunftsland aufrecht, die durch bestimmte Ereignisse aktiviert werden kann.

Muslimen solidarisieren sich über ihre Religionszugehörigkeit, während sich russischstämmige Zuwanderer mit Russland solidarisieren. Zudem zeigt sich in diesen beiden Gruppen eine leicht überdurchschnittliche Bereitschaft, Konflikte mit Gewalt auszutragen. Neben einer hohen Demokratiezufriedenheit äußern Minderheiten auch aus demokratischer Sicht problematische Einstellungen. Hier offenbart sich ein Feld, in dem politische Bildung und Präventionsarbeit verstärkt werden könnten.

Integration findet statt, sie braucht nur eben eine Weile. Um diesen Prozess und dabei vor allem die kulturelle und die strukturelle Integration zu beschleunigen, braucht es ein Integrationsgesetz. Wenn es nicht 20 oder 30 Jahre oder gar zwei oder drei Generationen dauern soll, bis der Integrationsprozess eines Zuwanderers ein akzeptables Niveau erreicht hat, sollten Zuwanderer bei diesem Prozess unterstützt und dazu aktiv ermuntert werden. Das neue Integrationsgesetz hat genau dieses Ziel. Allerdings setzt der Gesetzgeber den Fokus auf die strukturelle Integration in den Arbeitsmarkt und die kulturelle Integration in Form von Sprachkenntnissen. Nicht berücksichtigt werden bisher die soziale und die identifikative Integration sowie andere Aspekte der kulturellen Integration jenseits der Sprache. Besonders im Bereich der Auffassungen zu religiösen Fragen konnte die vorliegende Studie noch kulturellen Integrationsbedarf feststellen.

Deutschland hat schon mehrfach bewiesen, dass es in der Lage ist, größere Mengen an Zuwanderern aufzunehmen und zu integrieren. Die Zuwanderer leben gerne in Deutschland und äußern eine hohe Bereitschaft, sich kulturell anzupassen. Sicherlich reicht das alleine noch nicht aus. Aber die Integration ist doch auf einem guten Weg und die Bereitschaft, sich zu integrieren, ist eine wesentliche Grundlage für einen schnellen Integrationsprozess.

10. LITERATUR

Babka von Gostomski, Christian/Pupeter, Monika, 2008: Zufallsbefragung von Ausländern auf Basis des Ausländerzentralregisters. Erfahrungen bei der Repräsentativbefragung „Ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland 2006/2007“ (RAM), in: Methoden – Daten – Analysen, Jg. 2, Heft 2.

Bertelsmann Stiftung, 2016: Factsheet Einwanderungsland Deutschland, Gütersloh.

Bundeszentrale für politische Bildung, 2016: Datenreport 2016. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn.

Esser, Hartmut, 2001: Integration und ethnische Schichtung, Arbeitspapiere – Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung Nr. 40, Mannheim.

Hans, Silke, 2010: Assimilation oder Segregation? Anpassungsprozesse von Einwanderern in Deutschland, Wiesbaden.

Hans, Silke, 2013: Die sozialen Netzwerke von Einwanderern in Deutschland – eine Längsschnittperspektive, in: Hans-Georg Soeffner (Hrsg.): Transnationale Vergesellschaftungen. Verhandlungen des 35. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Frankfurt am Main 2010, Wiesbaden, CD-ROM.

Hans, Silke, 2015: Fack ju Mozart, fack ju Göhnte? Hochkulturelle Lebensstile bei Jugendlichen und die Bedeutung des Migrationshintergrunds, in: Jörg Rössel/Jochen Roose (Hrsg.): Empirische Kultursoziologie. Festschrift für Jürgen Gerhards zum 60. Geburtstag, Wiesbaden, S. 129-161.

Haug, Sonja/Müssig, Stephanie/Stichs, Anja, 2009: Muslimisches Leben in Deutschland im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz, Nürnberg.

Haug, Sonja, 2010: Interethnische Kontakte, Freundschaften, Partnerschaften und Ehen von Migranten in Deutschland, Working Paper 33 (aus der Reihe Integrationsreport, Teil 7) der Forschungsgruppe des Bundesamtes, Nürnberg.

Humpert, Andreas/Schneiderheinze, Klaus, 2000: Stichprobenziehung für telefonische Zuwandererumfragen. Einsatzmöglichkeiten der Namensforschung, in: ZUMA-Nachrichten 47, Jg. 24, S. 36-64.

Koopmans, Ruud, 2015: Religiöser Fundamentalismus und Fremdenfeindlichkeit. Muslime und Christen im europäischen Vergleich, in: Jörg Rössel/Jochen Roose (Hrsg.): Empirische Kultursoziologie. Festschrift für Jürgen Gerhards zum 60. Geburtstag, Wiesbaden, S. 455-490.

Koopmans, Ruud, 2016: Does assimilation work? Sociocultural determinants of labour market participation of European Muslims, in: Journal of Ethnic and Migration Studies, Vol. 42, No. 2, S. 197-216.

Müssig, Stephanie/Worbs, Susanne, 2012: Politische Einstellungen und politische Partizipation von Migranten in Deutschland. Working Paper 46 (aus der Reihe Integrationsreport, Teil 10) der Forschungsgruppe des Bundesamtes, Nürnberg.

Neu, Viola, 2011: Jugendliche und Islamismus in Deutschland. Auswertung einer qualitativen Studie, Sankt Augustin/Berlin.

OECD, 2014: Bildung auf einen Blick 2014, OECD-Indikatoren, Paris.

Pokorny, Sabine, 2016: Aktivität ist ansteckend. Soziale und politische Partizipation von Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund und in Deutschland lebenden Ausländern, Sankt Augustin/Berlin.

Pollack, Detlef/Müller, Olaf/Rosta, Gergely/Dieler, Anna, 2016: Integration und Religion aus der Sicht von Türkeistämmigen in Deutschland. Eine Erhebung von TNS Emnid im Auftrag des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ der Universität Münster, Münster.

Salentin, Kurt, 2007: Die Aussiedler-Stichprobenziehung, in: Methoden – Daten – Analysen, Jg. 1, Heft 1, S. 25-44.

Statistisches Bundesamt, 2015: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund, Ergebnisse des Mikrozensus. Fachserie 1 Reihe 2.2, Wiesbaden.

Wüst, Andreas M., 2014: Politische Repräsentation von Migrantinteressen, in: Martin Morlok/Thomas Poguntke/Sebastian Bukow (Hrsg.): Parteien, Demokratie und Staatsbürgerschaft. Politische Partizipation und Repräsentation in der Zuwanderungsgesellschaft, Baden-Baden, S. 121f.

DIE AUTORIN

Dr. Sabine Pokorny wurde 1981 in Wesel geboren. Sie studierte Soziologie, Englische und Italienische Philologie an der Universität zu Köln. 2007 bis 2011 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Freien Universität Berlin. Seit September 2011 Koordinatorin Empirische Sozialforschung in der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Berlin.

ANSPRECHPARTNERINNEN IN DER
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Dr. Viola Neu
Leiterin Team Empirische Sozialforschung
Hauptabteilung Politik und Beratung
10907 Berlin
Telefon: +49-(0)30-2 69 96 35 06
E-Mail: viola.neu@kas.de*

*Dr. Sabine Pokorny
Koordinatorin Empirische Sozialforschung
Hauptabteilung Politik und Beratung
10907 Berlin
Telefon: +49-(0)30-2 69 96 35 44
E-Mail: sabine.pokorny@kas.de*



Konrad
Adenauer
Stiftung

www.kas.de

was
uns prägt

was uns
eint

